

NATIONALRAT

Geschäftsprüfungskommission
 Sektion Bundeskanzlei / Departement
 für auswärtige Angelegenheiten

P r o t o k o l l

der

Sitzung vom 12. April 1983, um 11.00 Uhr, in Bern
 Parlamentsgebäude, Zimmer 6

Vorsitz: Hr. Nationalrat Fischer-Bern

Anwesend: HH. Nationalräte Augsburg, Dirren,
 Loetscher, Robbiani

HH. Bundespräsident Aubert
 Staatssekretär Probst
 Botschafter Glesti, Generalsekretär
 Botschafter Brunner, Direktor für Inter-
 nationale Organisationen
 Botschafter Staehelin, Direktor DEH
 Dr. Erard, Sekretär de Departementschefs

zeitweise: Dr. Reimann, Sektionschef Völkerrecht

Sekretariat: Hr. Mastronardi, Sekretär GPK

Protokoll: Frau Bütikofer (f), Fr. Wüthrich (d)

Tagesordnung

Geschäftsbericht 1982 des Departementes
 für auswärtige Angelegenheiten



A. Gestaltung des Geschäftsberichtes

Hr. Fischer-Bern weist einleitend darauf hin, dass die Geschäftsprüfungskommission seit Jahren gegenüber der Bundeskanzlei immer wieder den Wunsch nach einer strafferen Fassung des Geschäftsberichtes geäußert hat. Heute kann eine Verbesserung festgestellt werden.

Der Bericht Ihres Departementes ist in bezug auf die Länge vorbildlich, mit Ausnahme des Kapitels der Direktion für Entwicklungshilfe, das sehr umfassend ist. Dafür hätten wir volles Verständnis, wenn nicht daneben noch ein Sonderbericht der DEH herausgegeben würde. Wir sind der Meinung, dass man entweder einen Sonderbericht veröffentlicht und sich dann im Geschäftsbericht des Bundesrates kurz fasst, oder dass man auf einen Sonderbericht verzichtet. Aus welchen Gründen wird hier beides getan ?

Ferner möchten wir darauf hinweisen, dass gewisse Passagen zu sehr in der Sprache der Diplomatie gehalten sind (vgl. Beispiele S. 15). Es werden Besuche von Ministern aus dem Ausland erwähnt, ohne etwas über das Ergebnis dieser Kontakte auszusagen. Solche Leerformeln sollten vermieden werden.

M. Aubert: En matière d'aide publique au développement, nous avons prévu un rapport complémentaire par souci de transparence. Dans les commissions des affaires étrangères, nous avons constaté que les membres avaient quelques hésitations et qu'ils n'étaient pas au courant de la gérance des comptes (480 Mio). La motion Schmid demandait un contrôle parlementaire accru des dépenses en matière d'aide publique au développement. Il est certes regrettable que les documents que nous mettons à la disposition des parlementaires ne soient pas beaucoup utilisés.

Quant à votre remarque concernant les formules insignifiantes imprimées dans le Rapport de gestion, je dois signaler qu'un certain nombre de problèmes ont été qualifiés de contentieux. Vu de plus près, il ne s'agit pas vraiment de contentieux, (Exemple visite Mitterrand) mais de petits problèmes qui ont pu être liquidés et qu'il ne s'agit pas de dramatiser. Si vous tenez à avoir plus de détails dans le Rapport de gestion, nous sommes à votre disposition.

Hr. Fischer-Bern: Wir wünschen keine Verlängerung des Geschäftsberichtes, doch sollten darin nur aussagekräftige Dinge erwähnt und nichtssagende Äusserungen weggelassen werden.

Zur DEH: Wir sind damit einverstanden, dass über die DEH - angesichts der grossen Beträge, die hier ausgegeben werden - ausführlicher berichtet wird. Wenn aber ein umfassender separater Bericht erstellt wird, dann erübrigt sich eine ausführliche Berichterstattung im Geschäftsbericht.

Hr. Botschafter Probst gibt zu, dass leere Sätze in einem Geschäftsbericht keinen Sinn haben. Die Geschäftsberichte haben auch rückblickend eine gewisse Bedeutung, indem man auch später auf die darin erwähnten Ereignisse zurückgreifen kann.

Zur DEH: Hier sind wir in einem gewissen Dilemma, an dem das Parlament eine gewisse Mitverantwortung trägt. In verschiedenen parlamentarischen Kommissionen werden immer wieder Informationen verlangt. Die DEH ist bemüht, diesem Begehren im Hinblick auf eine bessere Transparenz nachzukommen, ohne dass doppel- oder dreispurig informiert wird. Mit Unterstützung der GPK werden wir für eine Straffung im Geschäftsbericht sorgen. Wir werden ferner bemüht sein, den Jahresbericht der DEH rechtzeitig zu verteilen.

Bemerkung des Sekretärs: Hr. Direktor Staehelin betont, dass der separate Jahresbericht in erster Linie ein internes Führungsmittel der DEH darstellt, das für eigene Bedürfnisse erstellt wird und erst später im Jahr erscheinen kann.

B. Geschäftsbericht 1982 des
Departementes für auswärtige Angelegenheiten

Erster Teil

Keine Bemerkungen

Zweiter Teil

A. Generalsekretariat

Stellenverschiebung

Hr. Fischer-Bern: Wie lässt es sich erklären, dass der Personalbestand von 1981 auf 1982 um 20 Stellen vermehrt wurde ?

Hr. Botschafter Glesti: Bei den erwähnten Beständen per Ende 1981 und 1982 handelt es sich um Momentaufnahmen. Bekanntlich kann unser Departement seit einiger Zeit seinen Personalbestand im Jahresdurchschnitt plafonieren. Im Herbst werden jeweils die Klassen der Kanzleibeamten ins Departement aufgenommen und im Frühjahr die Diplomaten. Dieser Uebergang baut sich in der Folge durch Austritte infolge Pensionierung wieder ab. Im Jahresdurchschnitt bleiben wir auf dem bewilligten Bestand.

Der bewilligte Bestand hat sich von 1981 auf 1982 durch gewisse personelle Massnahmen verändert. Im Jahr 1981 betrug der bewilligte Bestand 1762 Stellen, wovon nur 1761 Einheiten benützt wurden. Im Jahre 1982 haben wir einen bewilligten Durchschnittsbestand von 1776,9 Stellen. Im November mussten wir eine Einheit für Kopiearbeiten an die Bundeskanzlei abtreten. Der effektive Durchschnitt wurde um 3,1 Einheiten erhöht.

Diese Erhöhung erfolgte im Einverständnis mit dem Personalamt; der gesamte Personalbestand der Bundesverwaltung wurde dadurch nicht gestört.

Wie Sie wissen, rekrutieren wir nicht für das laufende Jahr, sondern für die Bedürfnisse in zwei Jahren. Die Leute müssen vorerst einen 2-jährigen Stage absolvieren. Im Jahre 1983 müssen wir rekrutieren für das Jahr 1985. Daraus können sich Ueberschreitungen des Plafonds ergeben. Lange Vakanzen zwischen dem Abgang eines Beamten und dem Eintritt des Nachfolgers sind nicht immer im Interesse des Dienstes, doch ermöglicht dies gewisse Einsparungen. Die Situation wird in den nächsten Jahren noch schwieriger werden. Wir stehen vor grossen, altersbedingten Abhängen von Konsularbeamten.

Angesichts der angespannten Personalbestände verfügen wir auch über keine Reserven für Unvorhergesehenes. So mussten wir im vergangenen Jahr die Vertretung fremder Interessen in Argentinien übernehmen und zwei zusätzliche Einheiten dafür einsetzen. Neu dazu kam die Einführung der Visa für die Türkei; dadurch wurden 2 zusätzliche Einheiten in Ankara und 4 Einheiten in Istanbul benötigt. Ferner kommt möglicherweise noch die Einführung der Visumpflicht gegenüber Jugoslawien und Chile.

Dies zeigt Ihnen, dass wir in einem dauernden Kampf um das nötige Personal sind. Ich bin froh, dass wir in dieser Situation den intern erlaubten Bestand nicht über drei Einheiten hinaus überschreiten mussten.

Hr. Fischer-Bern: Wir sind uns bewusst, dass die Personalplafonierung für die Verwaltung eine harte Massnahme darstellt. Ich möchte Herrn Botschafter Glesti ersuchen, uns schriftlich noch näher zu informieren über die Zustimmung des Personalamtes zur erwähnten Ueberschreitung.

B

M. Aubert: En tant que Suisses, nous sommes toujours très fiers que les pays nous fassent confiance et nous confient des mandats de puissance protectrice. Un pays neutre comme le nôtre est de plus en plus sollicité pour la représentation d'intérêts étrangers. Actuellement, nous en avons 17. L'obligation du visa pour les Yougoslaves nous causera du travail supplémentaire. De 1946 à 1956, notre département n'a pas été autorisé à engager de personnel; en 1983 et 1984,

nous aurons un grand nombre de mises à la retraite de personnes que nous ne pouvons pas facilement remplacer vu l'expérience exigée pour le travail à accomplir et l'instabilité de la politique internationale.

Hr. Glesti weist darauf hin, dass verschiedene Aufgaben dem EDA durch andere Departemente überwiesen werden (AHV, Militärkontrolle, Visa etc.), ohne dass uns eine Personaleinheit abgetreten wird.

Hr. Fischer-Bern: In bezug auf das von uns aufgeworfene Probleme der Landessprachen bildet das EDA ein Musterbeispiel für die Berücksichtigung der sprachlichen Minderheiten. Diesem Punkt soll auch in Zukunft die gleiche Beachtung geschenkt werden.

AHV- und IV-Versicherung von Ehefrauen von Schweizern im Ausland:

Diese Angelegenheit ist auf gutem Wege.

Rationalisierungsmöglichkeiten in der Organisation der Diplomatie

Sie haben auf die modernen Mittel der Kommunikation hingewiesen. Was mich aber besonders interessiert, ist die Frage, ob die vermehrten multilateralen Diskussionen auf verschiedenen Gebieten nicht zu einer gewissen Entlastung der diplomatischen Vertretungen im Ausland führt.

M. Robbiani: Lors d'une inspection, nous avons constaté que les moyens d'information que vous employez ne correspondent plus du tout aux techniques modernes. Vous avez répondu à notre question à ce sujet avec beaucoup de détails plutôt abstraits. Il s'agirait d'améliorer votre secteur de communication, instrument vital de votre département.

Hr. Augsburg ist etwas skeptisch in bezug auf die Rationalisierung in der Diplomatie durch technische Hilfsmittel. Besteht nicht die Gefahr, dass dadurch zusätzliches Personal erforderlich wird? Dazu kommt, dass in der Diplomatie der Mensch eine wichtige Rolle spielt.

Hr. Botschafter Glesti: Der Rationalisierung sind bei uns enge Grenzen gesetzt. Unsere Dienste sind auf der ganzen Welt verstreut; in gewissen Gebieten arbeiten wir mit Mini-Einheiten. Mit der modernen Bürotechnik (Textverarbeitung etc.) befassen wir uns vor allem in der Zentrale. Im Ausland kommen nur 2 - 3 der grössten Botschaften in die Lage, mit modernen Hilfsmitteln zu arbeiten.

Auf dem Gebiet der Kommunikation haben wir grosse Fortschritte erzielt. Das eigene Radionetz, das in Zusammenarbeit mit dem EMD betrieben wird, soll bis Ende dieses Jahrzehnts abgeschlossen sein. Unsere Bemühungen gehen dahin, dass nicht nur Spezialisten solche Apparate betreiben können, sondern wenn möglich jeder Angestellte. Wir verfügen heute über 40 Stationen im Ausland (auf 90 Botschaften). Wir sind bestrebt, für die diplomatischen Vertretungen über eine vom öffentlichen Netz unabhängige Verbindung mit Bern zu verfügen.

Ein Problem ergibt sich bei der Zentrale. Diese Kommunikationsmittel werden von unsern Auslandsposten immer mehr gebraucht, was zu einer masslosen Ueberlastung der Zentrale führt.

Hr. Staatssekretär Probst weist darauf hin, dass die Botschafter in Afrika z.T. in mehreren Ländern akkreditiert sind.

Zur Reisediplomatie: In der Zwischenkriegszeit verfügten wir über Vertretungen in 50 Ländern, heute in 160 Staaten. Durch die Reisediplomatie und die internationalen Organisationen hat eine gewisse Verschiebung stattgefunden. Früher hatte ein Botschafter aufgrund der Basisinstruktionen über Monate hinweg ohne Verbindung von sich aus zu entscheiden. Mit den heutigen Verbindungsmitteln ist die Versuchung sehr gross, dass zu vieles von der Zentrale aus gemacht wird.

Wenn aus bestimmten Gründen eine Delegation von der Zentrale eingesetzt wird, so bedeutet das nicht eine Entlastung für den Botschafter, denn er hat das Terrain vorzubereiten, die Verbindungen herzustellen etc., damit zu gegebener Zeit die Delegation in einem Minimum an Zeit ein Maximum an Effizienz herausholen kann. Daneben bleibt es Aufgabe des Botschafters, den permanenten Informationsfluss aufrechtzuerhalten.

Wir sind uns alle bewusst, dass die verschiedenen internationalen Organisationen, an denen wir teilnehmen, viele zusätzliche Aufgaben bringen, die heute viel intensiver miteinander verflochten sind als in der Vergangenheit. Man wird aber stets die Gefahr im Auge behalten müssen, dass man mit der Kombination von Bilateralismus und Multilateralismus nicht Doppelspurigkeiten schafft. Ich habe mich stets dafür eingesetzt, dass eine Spezialmission nur dorthin geschickt wird, wo der Botschafter eine Spezialaufgabe nicht selbst erfüllen kann. Jeder Botschafter ist eigentlich ein Generalist, der von vielen Dingen etwas versteht, aber er kann nicht Spezialist auf allen Gebieten sein.

B. Politische Direktion

M. Robbiani: Le plan de relance économique a donné la priorité aux exportations, c'est pourquoi nous avons posé la question de savoir comment se déroule la coopération entre les ambassades et l'Office suisse d'expansion commerciale. Votre réponse est très détaillée, mais je n'y trouve pas d'exemples pratiques. Vous mentionnez que nos missions sont une source continue d'informations économiques et commerciales. Comment cette source d'informations se manifeste-t-elle?

Vous nous dites que les ambassades prêtent leur soutien aux efforts de promotion de nos exportateurs, en particulier à l'occasion des foires et des expositions. Quelle est la teneur de ce genre de soutien?

Quel est le programme des séminaires de Spiez? Quelle est l'information de type commercial et économique que vous y donnez?

Hr. Botschafter Probst gibt einige Beispiele in bezug auf die Unterstützung der Handelsförderung durch die Botschaften: In Washington ist ein Spezialist für Wirtschaftsförderung vollamtlich tätig für die Zentrale für Handelsförderung (insbesondere für mittlere und kleinere Firmen).

Eine Spezialaufgabe in Washington bildet auch das Kompensationsgeschäft für die Tiger-Flugzeuge (Abklärung von zusätzlichen Exporten etc.)

Erwähnt sei auch die alle 2 Jahre stattfindende Ausstellung von schweizerischen Textilmaschinen (Unterstützung durch die Botschaft).

In verschiedenen Städten der USA werden Schweizerwochen durchgeführt; die dortigen Schweizerkonsulate sind jeweils intensiv mit der Vorbereitung beschäftigt; der Botschafter nimmt an diesen Tagungen meist mit einem Vortrag teil.

Dies sind nur einige Beispiele im Rahmen einer einzigen, grossen Botschaft.

Hr. Botschafter Staehelin berichtet über seine Erfahrungen in Japan. Lange Zeit wurde dort die Tätigkeit den Handelsfirmen überlassen. Erst in den letzten Jahren wurde man sich bewusst, wie wichtig eine aktive Politik der Botschaft in Zusammenarbeit mit den Schweizerfirmen ist. Einer meiner Mitarbeiter hat sich dafür voll eingesetzt. Auf diese Weise wurde die Handelskammer gegründet. Wichtig ist, dass die Botschaft dabei den Motor spielte.

Auf der Botschaft in Japan verfügen wir heute über einen Assistenten mit langjähriger Japan-Erfahrung (Hochschulabsolvent von St. Gallen), der während vielen Jahren bei einer Schweizerfirma in Japan tätig war. Er ist nun in der Lage, diese Dienstleistungen zur Handelsförderung zu betreiben. Wir brauchen hier noch eine zusätzliche Dienstleistung der Botschaft: das ist die sprachliche Hilfe. Ein wichtiger Teil unserer Aufgabe ist die Beratung, wie ein Markt angegangen werden muss. Auf der Botschaft wurde dafür ein Marktbüro geschaffen. In enger Verbindung mit der OSEC *) wurde hier ein gutes Instrument für die schweizerischen Geschäftsleute geschaffen. (Veranstaltung von Messen und Ausstellungen). Ein Engpass besteht noch darin, die nötigen Leute mit entsprechender Kompetenz zur Verfügung stellen zu können, wenn diese Veranstaltungen auf grosse Distanz stattfinden.

Im Zusammenhang mit der besondern Anstrengung zur Exportförderung im Bereich Japan nimmt der mit den wirtschaftlichen Angelegenheiten betraute Mitarbeiter der Botschaft auch an Seminarien teil (ab nächster Woche für ca. 14 Tage in der Schweiz), die von der OSEC durchgeführt werden.

Hr. Augsburger verweist auf den in gewissen Kreisen unserer Wirtschaft bestehende schlechte Ruf der Diplomatie der Schweiz. Wo liegt der Grund zu diesen Kritiken ?

Hr. Staatssekretär Probst: Unser diplomatischer Dienst hatte auch in der Vergangenheit keinen besonders guten Ruf. Es geht hier z.T. um eine Generationenfrage. Mit der Notwendigkeit, mehr für die Wirtschaft zu tun, ist das Bewusstsein immer stärker geworden, insbesondere bei der jüngeren Generation, dass den Wirtschaftsfragen ganz besondere Aufmerksamkeit zu schenken ist und dass Oekonomisches und Merkantilistisches nicht mehr unter der Würde eines Diplomaten liegt.

Es gibt natürlich auch Betriebsunfälle und Einzelfälle, wo die Leitung einer Botschaft nicht richtig auf der Höhe ist. Es liegt zudem in der menschlichen und insbesondere in der helvetischen Natur, dass das Gutgehen als selbstverständlich angenommen wird, während ein Betriebsunfall immer wieder erwähnt wird.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf hingewiesen, dass oft auch Wirtschaftsleute in eher heikle Länder kommen, ohne die Verhältnisse richtig zu kennen und die Sprache einigermassen zu beherrschen. Erst wenn sie Fehler gemacht haben, wenden sie sich an die Botschaft, die dann helfen sollte, wenn es vielleicht schon zu spät ist. Auf diesem Gebiet wäre Aufklärung nötig, dass sie sich rechtzeitig an die diplomatischen Vertretungen wenden.

*) Zentrale für Handelsförderung

Hr. Glesti weist darauf hin, dass seit 1974 in Spiez Seminare durchgeführt werden; die Parlamentarier könnten hier in die Arbeit Einblick nehmen. Sie sind dazu verschiedentlich eingeladen worden, doch war bisher noch kein Besuch zu verzeichnen.

C. Direktion für internationale Organisationen

Vertretung der Schweiz in internationalen Organisationen

M. Robbiani: L'année dernière, le président de la Commission de gestion avait suggéré à la section de discuter de la coordination des divers offices représentant la Suisse lors de conférences et de réunions d'organisations internationales. Au plénum, nous avons exigé une meilleure coordination et plus de rigueur afin d'éviter le "tourisme international". Or, les 9 et 10 décembre 1982, lors de la réunion du Comité permanent de l'Agence internationale de l'énergie pour le marché du pétrole, la Suisse était représentée par 5 délégués alors que le Canada en avait 2 (dont le président), la Grande-Bretagne et l'Italie 1, l'Allemagne 2 et les Etats-Unis d'Amérique 2. Il ne s'agissait pas de garantir la représentation régionale de la Suisse puisque tous les noms des participants semblent provenir de suisse alémanique.

M. Brunner: Il s'agira pour vous de reprendre cette question lorsque vous examinerez le BAWI car c'est eux qui ont fait la proposition de représentation. Notre département n'est pas touché par cette affaire.

Hr. Fischer-Bern erinnert daran, dass diese Frage bereits letztes Jahr diskutiert wurde, wobei man zum Schluss gekommen ist, dass eine Koordination über das EDA in bezug auf die Ausland-Delegationen stattfinden muss. Offenbar spielt diese Koordination noch nicht. Hatten Sie Kenntnis von der erwähnten Sitzung ?

M. Aubert: Je ne suis pas du tout certain que cette délégation suisse était disproportionnée. Les domaines sont à tel point techniques qu'il faut envoyer des spécialistes. Lorsque le programme des conférences internationales prévoit le travail en groupes, les délégations sont souvent plus importantes afin que la Suisse soit représentée au sein de chaque groupe de travail intéressant notre pays.

M. Robbiani: De toute manière, la délégation suisse était disproportionnée par rapport aux autres délégations, même si elle ne l'était pas par rapport aux thèmes traités. La Commission de gestion exige une coordination, cette dernière n'a pas eu lieu et nous constatons qu'il n'a pas été donné suite à notre demande. Nous en arrivons à la conclusion qu'il nous faudra demander à l'Office fédéral de l'organisation d'élaborer une réglementation y relative afin d'améliorer la situation.

Hr. Staatssekretär Probst glaubt nicht, dass der erwähnte Fall als Beweis dafür gelten kann, dass die Koordination nicht spielt. Es kann von uns nicht verlangt werden, dass wir über jede der zahlreichen Delegationen genau Auskunft geben können. Der vorliegende Fall soll genau abgeklärt und Ihrer Sektion ein schriftlicher Bericht mit entsprechenden Unterlagen zugestellt werden.

M. Robbiani: Nous ne sommes pas ici pour faire le détail des responsabilités. Après avoir promis devant cette commission de faire le nécessaire pour assurer une bonne coordination, nous avons trouvé un exemple qui nous prouve que vous n'avez pas donné suite à nos exigences. Il s'agit donc pour nous de chercher d'autres solutions.

Hr. Fischer-Bern: Wir stellen fest, dass in der Bundesverwaltung offenbar der von uns geäußerte Koordinationswunsch nicht berücksichtigt wird. Der Bundesrat müsste hier einmal einen entsprechenden Beschluss fassen, damit Auslandsreisen von Leuten aus verschiedenen Departementen dem EDA gemeldet werden.

M. Aubert: Aucune délégation n'est envoyée à l'étranger sans que le Conseil fédéral en ait connaissance et l'ait approuvée. Nous avons donc un minimum de coordination.

Hr. Fischer-Bern: Herr Robbiani wird den Fall Herrn Botschafter Brunner übergeben. Die Sektion erwartet darüber einen schriftlichen Bericht, der eventuell mit einigen Überlegungen ergänzt werden könnte, wie überdotierte Delegationen verhindert werden könnten.

Hr. Augsburger ist ebenfalls der Meinung, dass auf diesem Gebiet Fortschritte erzielt werden sollten. Es wäre wohl die beste Lösung, wenn das EDA voll die Verantwortung übernehmen würde. Heute ist die Federführung zu unterschiedlich geregelt; dies sollte vereinheitlicht werden. Wer bringt die Vorschläge vor den Bundesrat ?

Hr. Staatssekretär Probst weist darauf hin, dass die offiziellen Delegationen für internationale Konferenzen durch den Bundesrat bestimmt werden. Das Finanzdepartement kontrolliert die Vorschläge genau und verlangt in den meisten Fällen einen Mitbericht. Hier ist die Sache klar.

Daneben gibt es eine grosse Zahl von Kommission und Unterkommissionen, an denen z.T. auch das EDA beteiligt ist, die aber dem Bundesrat nicht zu unterbreiten sind. Auf diesem Gebiet sind Verbesserungen möglich. Wir werden aufgrund des von Ihnen erwähnten Beispiels abklären, wie eine bessere Koordination erzielt werden kann und Ihnen darüber Bericht erstatten.

Sowjetische Internierte / Fall Minelli

M. Robbiani: Après avoir lu votre réponse, il me reste à vous demander si, à votre avis, il y a lieu de créer une loi formelle ?

Hr. Reimann: Diese Frage hat sich bereits mehrmals gestellt. Das Militärstrafgesetz wurde kurz nach dem Krieg (1950) erstmals revidiert, ein weiteres Mal 1967 und im Jahr 1979 hat eine grosse Revision stattgefunden. Das Hauptthema der Revision von 1967 bestand darin, die Lücken auszufüllen, die sich aus der Revision der Genfer Konvention ergaben. Es hatte sich gezeigt, dass gewisse Vorschriften dieser Konvention nicht einfach ins schweizerische Recht übernommen werden konnten.

Wir kennen in unserem schweizerischen Gesetz den folgenden Grundsatz: Wenn die Tatbestände genügend genau geregelt sind und keine generellen Anwendungsvorschriften erlassen werden müssen, dann werden solche Vorschriften in Staatsverträgen mit der Ratifikation in die schweizerische Rechtsordnung übernommen.

Wir haben in unserer Antwort auf Ihre Frage versucht, klar zu umschreiben, wo der Ansatzpunkt für ein neues Gesetz liegen könnte. Die Bestimmungen bedürfen aber u.E. keiner allgemeinen Gesetzgebung, weil sie sich nicht widersprechen und weil in der Revision von 1967 gewisse Punkte herausgenommen worden sind. Es liegt kein Grund für eine Gesetzesänderung vor.

Hr. Fischer-Bern: Herr Minelli hat bei der GPK eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht. Nach seinem Erfolg in Strassburg wird er von uns eine substantielle Antwort erwarten.

Hr. Mastronardi: In der Antwort auf die Anfrage Oehen wird von Freiwilligkeit gesprochen, was aber in der Antwort an die GPK nicht erwähnt wird. Trifft es zu, dass die Internierten zugestimmt haben ?

Hr. Reimann: Die Betroffenen haben zugestimmt, sonst wären sie gar nicht zu uns in die Schweiz gekommen.

Hr. Fischer-Bern: Wir werden der Kommission in diesem Sinne Antrag stellen.

D. Direktion für Völkerrecht

Keine Bemerkungen

E. Direktion für Entwicklungszusammenarbeit
und humanitäre Hilfe

Hr. Dirren: Aus der erhaltenen Antwort geht hervor, dass man sich mit der Intercooperation in einer Uebergangsphase befindet. Etwas erstaunt bin ich, dass einerseits von 50 Experten die Rede ist und dass andererseits nur ein halber Mitarbeiter zur Ausbildung der Leute im Feld eingesetzt werden kann.

Im Protokoll der April-Sitzung 1982 wird ausgeführt: "Quant à leur statut, leurs salaires seront adaptés à ceux obtenus à la Confédération, il y aura affiliation pour la caisse de retraite". An wen geht der Anteil des Arbeitgeberbeitrages für das ausscheidende Personal ?

Hr. Fischer-Bern: De facto geht es darum, dass hier eine Umgehung der Stellenplafonierung stattgefunden hat. Ein Teil der Bundesaufgaben werden an die Intercooperation abgetreten, doch ist das EDA nicht in der Lage, den Personalbestand entsprechend zu reduzieren. Wie weit geht hier die Entwicklung ? Offenbar hat das EDA 12 Leute in der Intercooperation; ist das der Endzustand ?

Hr. Botschafter Staehelin schlägt vor, die Situation in einem Jahr nochmals zu prüfen. Die Intercooperation ist gegenwärtig im Aufbau begriffen. Sie stellen grundsätzlich nicht mehr Leute an, als sie Aufträge zu erledigen haben. Wir haben der Intercooperation als Regieunternehmen den Auftrag gegeben, gewisse Projekte durchzuführen; dieses Unternehmen kann auch Aufträge von anderer Seite entgegennehmen. Gegenwärtig befindet sich Intercooperation in einer Konsolidierungsphase. Wie mir der Leiter dieser Unternehmung erklärte, wird er nun mit den ihm zur Verfügung stehenden Leuten arbeiten und er glaubt, dass er mit den vorhandenen Mitteln die anstehende Arbeit bewältigen kann.

Ich selbst werde ebenfalls meine Erfahrungen machen müssen mit dieser Regelung. Vorläufig macht mir das Ganze einen befriedigenden Eindruck.

B Hr. Fischer-Bern schlägt vor, dass die DEH der Sektion noch einen kurzen Zusatzbericht zu den Personalproblemen im Zusammenhang mit der Intercooperation zustellen sollte (finanzielle Probleme, Anstellungsbedingungen, Zahl der Uebertritte etc.). Es darf nicht die Meinung aufkommen, dass man mit der Intercooperation die Stellenplafonierung umgehen wollte.

Hr. Dirren: Wir werden diese ganze Angelegenheit in einem Jahr erneut einer Prüfung unterziehen.

Brief an Bundespräsident Aubert betr. DEH-Kredite

Hr. Fischer-Bern: Herr Bundespräsident Aubert ist über unsere Bemühungen in bezug auf die Oberaufsicht über die Evaluationen DEH im Bild. Es wurden gemeinsame Sitzungen mit der Finanzdelegation durchgeführt; zudem bestand ein enger Kontakt mit der DEH selbst. Es geht nun darum, dass wir die Kontrolle über die Evaluationen nun im Sinne eines Pilotversuches realisieren. Dazu brauchen wir Ihre Unterstützung. Sie haben diese Unterstützung vor der Finanzdelegation zugesagt. Wir möchten Sie deshalb heute bitten, uns eine vorläufige Antwort zu geben und uns dies in der Folge schriftlich zu bestätigen.

M. Aubert: Vous nous demandez de confirmer votre décision de désigner des experts pour étudier deux projets au Népal, de mettre à votre disposition les dossiers, que les fonctionnaires soient libérés du secret professionnel et que nos fonctionnaires aident les experts dans la mesure du possible. Seul le Conseil fédéral est habilité à lever le secret de fonction d'un fonctionnaire. La proposition que nous aurons en tant que responsables à présenter au Conseil fédéral devrait contenir des détails que nous ne possédons pas. L'objet du mandat à donner devrait être clairement déterminé. Le choix des experts nous paraît important (aussi du point de vue physique). L'exécution de ce mandat d'expert ne devrait en aucun cas nuire aux bonnes relations de la Suisse avec le Népal. Quant au problème des frais, on créerait ici un précédent. Les commissions de gestions disposent d'un crédit qui fait l'objet d'une rubrique 312.01 du budget (140'000.- francs). Un tel mandat est estimé à 50'000.- francs. Si cette somme doit être mise à la charge du crédit au développement, je doute que ce soit là le but poursuivi alors que vous êtes en possession de vos propres crédits.

Hr. Fischer-Bern hält fest, dass die von der GPK geplante Kontrolle selbstverständlich nicht zu einer Verschlechterung der Beziehungen mit Nepal führen darf. Dieses Versprechen können wir Ihnen ohne weiteres geben.

In bezug auf die andern Fragen bin ich über Ihre Ausführungen nicht glücklich. Es geht hier um die Durchführung der Oberaufsicht des Parlamentes über eine bestimmte Tätigkeit, die in der Verantwortung des Bundesrates liegt. Die Geschäftsprüfungskommission als Kontrollorgan des Parlamentes hat die Autonomie zu bewahren; wir informieren Sie und nehmen mit Ihnen Kontakt auf. Die Entscheidung, ob eine solche Expertise durchgeführt werden soll, kann aber nicht von der Zustimmung des Bundesrates abhängen. Wir erwarten vom Bundesrat nur die Mithilfe; der Entscheid über die durchzuführende Kontrolle ist Sache der Geschäftsprüfungskommission.

Zur Frage der Finanzen: Wenn die DEH Evaluationen vornimmt, dann gehen diese zu Lasten der DEH-Kredite. Dasselbe sollte auch für die Expertisen durch die GPK gelten. Es ist nicht beabsichtigt, dass unsere Sektion selbst nach Nepal reisen würde. Es soll ein kompetenter Experte eingesetzt werden, der für die GPK diese Kontrolle übernimmt.

M. Aubert: La décision ne doit pas dépendre du Conseil fédéral, vous l'avez prise et nous l'acceptons. Il existe un article 47bis de la loi sur les rapports entre les conseils qui mentionne: "Pour les objets qui requierent des connaissances spéciales, les commissions des deux conseils sont autorisées à faire appel à des experts". Al. 3: "Pour ces auditions (les auditions de fonctionnaires) seul le Conseil fédéral peut délier les fonctionnaires du secret de fonction et du devoir de conserver le secret militaire et les autoriser à produire des documents officiels". Il s'agit donc bien d'une décision formelle du Conseil fédéral.

Hr. Fischer-Bern: Wir werden selbstverständlich das formellen Vorgehen einhalten. Wir beabsichtigen, mit kleinen Schritten zu beginnen. Es dürfte im Interesse der Entwicklungshilfe liegen, dass alles getan wird, um deren Nutzen abzuklären. Wir wären froh, wenn uns der Bundesrat die Kooperation zusichern würde.

Hr. Mastronardi weist darauf hin, dass die von Herrn Bundespräsident Aubert zitierten Bestimmungen in den Weisungen des Bundesrates (1975) über die Auskunftserteilung konkretisiert worden sind. Gemäss Ziff. 61 und 62 dieser Weisungen sind die Departementsvorsteher zuständig für die Befreiung von Beamten vom Amtsgeheimnis bei der Auskunftserteilung gegenüber parlamentarischen Kommissionen, insbesondere der GPK. Diese Vorschriften würden ebenfalls gelten für die von der GPK eingesetzten Experten.

Hr. Fischer-Bern schlägt vor, dass Herr Bundespräsident Aubert das Problem nochmals gründlich prüfen und unserer Kommission sobald als möglich schriftlich Bericht geben sollte. Wenn Sie

es für nötig erachten, würden Sie beim Bundesrat die Zustimmung zur Befreiung vom Amtsgeheimnis einholen. Wir möchten Sie ersuchen, uns Ihre Stellungnahme sobald wie möglich zukommen zu lassen.

M. Mastronardi: Nous aurons le 4 mai une séance préparatoire de la section, pour déterminer l'objet exact du mandat.

Hr. Botschafter Staehelin weist darauf hin, dass die Milchwirtschaft in Nepal besichtigt werden sollte, solange diese in Betrieb ist. Das wäre spätestens im August.

Hr. Fischer-Bern: Es stellt sich für uns weniger die Frage, ob die Käserei technisch funktioniert. Es geht vielmehr darum, abzuklären, ob diese Käseproduktion ökonomisch sinnvoll ist.

Motionen und Postulate

Keine Bemerkungen

Zur Behandlung vor der Plenarkommission:

Hr. Robbiani: Handelsförderung
Vertretung in internationalen Organisationen
Sowjetische Internierte

Behandlung im Rat:

Hr. Loetscher: Bundeskanzlei
Hr. Robbiani: Departement für auswärtige Angelegenheiten

Schluss der Sitzung: 13.10 Uhr

*E. Wüthrich
J. Sütkofer*

Département des affaires étrangères
Departement für auswärtige Angelegenheiten

Représentation de la Suisse dans les organisations internationales:

M. Robbiani: L'année dernière, notre section avait discuté la coordination entre les différents offices représentant la Suisse lors de conférences et de réunions d'organisations internationales, notre président en avait même parlé devant le Conseil en précisant qu'il fallait éviter le "tourisme international". Nous n'avions pas alors suggéré de procédure mais nous avons invité à utiliser les moyens de façon rationnelle.

Lors d'une séance des 8 et 10 décembre 1982, organisée à Paris par le Comité permanent de l'Agence internationale de l'énergie pour le marché du pétrole, la Suisse était représentée par cinq délégués alors que l'Amérique en avait trois, l'Allemagne deux, la Grande-Bretagne et l'Italie un seul. Suite à notre demande y relative, Monsieur Aubert, Président de la Confédération nous répond: "Cette conférence est un centre précieux de coordination et d'échange d'information et de réflexion." Il y a, à Paris, une délégation permanente et des experts de Berne ont été délégués à cette séance. On reconnaît les frais non négligeables qui en résulte. Un délégué représentait les milieux privés, un autre est le représentant permanent à Paris, un délégué n'était à Paris que pour un jour; il n'y aurait eu que deux délégués envoyés de Berne à cette conférence.

Le problème n'est pas résolu. Dans sa réponse, Monsieur Aubert partage la préoccupation de la Commission de gestion de maintenir au minimum les déplacements d'experts et de délégués. Il nous assure que son département veillera au maintien de mesures acceptables quant au nombre de personnes qui participe à de telles rencontres.

A mon avis, l'observation était bien placée. Le problème du contrôle et de la coordination des délégations pour l'étranger reste ouvert.

M. Loetscher: Malgré les explications du Conseil fédéral, je persiste à croire que, dans le cas présenté, la représentation était exagérée. Je crains fort qu'il en soit de même dans tous les autres domaines. Il y a lieu de trouver une formule autre que les formules de politesse pour une surveillance et un contrôle valables. Selon la réponse reçue, rien ne changera à l'avenir.

M. Delamuraz propose d'écrire au Conseil fédéral en demandant un rapport très précis sur les délégations envoyées en 1982 ou 1983 et une comparaison avec les délégations des autres pays tout en précisant que nous tenons à ce que la Suisse soit représentée dans les conférences internationales, ceci de manière raisonnable.

Nous demanderons également une meilleure coordination des représentations suisses.

M. Robbiani se déclare d'accord avec la manière de procéder mais il propose de mentionner encore la prochaine étape de notre intervention qui serait de proposer une réglementation préparée par l'Office fédéral de l'organisation.

Hr. Fischer-Bern würde im Moment einer politischen Einflussnahme auf den Bundesrat den Vorzug geben. Zeigt sie keine Wirkung, kann die Geschäftsprüfungskommission im nächsten Jahr vorgehen und ein Reglement verlangen.

M. Delamuraz: Nous procéderons donc en deux étapes, tout en souhaitant que la deuxième étape ne soit pas nécessaire.

Expansion commerciale / Handelsförderung

M. Robbiani: Nous avons demandé quelques exemples pratiques de collaboration entre l'Office suisse d'expansion commerciale et les ambassades, nous avons reçu une réponse très détaillée. Là où il existe des Chambres du commerce, les ambassades sont moins sollicitées. Notre impression générale est bonne. Les séminaires de Spiez servent à la bonne information des personnes concernées sur tous les problèmes de l'exportation.

Hr. Früh äussert sich zum Thema der Handelsförderung aus der Sicht des EVD:

Auf unsere Frage nach der Zusammenarbeit der schweizerischen Botschaften mit der Zentrale für Handelsförderung haben wir aus dem EDA und aus dem EVD völlig identische Antworten erhalten...

In diesem Zusammenhang haben wir Bundesrat Furgler die Frage gestellt, ob unsere Botschaften für eine Tätigkeit auf dem Gebiet der Handelsförderung eingerichtet seien. Seine Antwort lautete, wichtig sei vor allem, dass der Botschafter selber wirtschaftsbewusst sei. In der Ausbildung der Diplomaten in dieser Richtung seien bereits namhafte Fortschritte erzielt worden, weitere Verbesserungen seien jedoch noch möglich. Das EVD möchte die notwendige Infrastruktur schwer- gewichtig ausbauen, weil uns noch ein sehr langer Konkurrenzkampf bevorsteht.

M. Thévoz fait part de ses expériences personnelles quant à l'évaluation des projets d'aide au développement; celles-ci sont positives.

Die Sektion ist der Auffassung, dass der Rat erst dann informiert werden sollte, wenn der Bericht vorliegt.

Es ist nicht sicher, dass dieser Versuch gelingt und dass der jetzt eingeschlagene Weg auch in Zukunft einzuhalten ist. Die GPK wird hier wachsam bleiben müssen. Festzustellen ist lediglich, dass es eine Notwendigkeit ist, die Effizienz dieser Entwicklungshilfeprojekte zu überprüfen. Behauptungen stehen hier gegen Behauptungen und die Behauptungen über negative Auswirkungen dieser Projekte müssen abgeklärt werden; das ist der Zweck der Oberevaluation.

Am 6. Juni wird die Besprechung mit den andern Kommissionen stattfinden (Sicherstellung der Koordination im Parlament) und am 13. Juni sollten die Verträge genehmigt und unterzeichnet werden. Die Koordination mit dem EDA scheint zu spielen. Der Departementsvorsteher und der neue Direktor der DEH zeigen sich kooperativ. - Die Finanzierung geht zulasten der Entwicklungskredite. Der Einsatz von 50 bis 100'000.- Franken lohnt sich, wenn es gelingt, dadurch eine Verbesserung der Effizienz dieser Projekte zu erreichen. Eine weitere Voraussetzung ist die Zustimmung des Bundesrates zum Antrag des Departementsvorstehers, die Beamten seien zu ermächtigen, den Experten alle benötigten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Am 6. Juni wird die Besprechung mit den andern Kommissionen stattfinden (Sicherstellung der Koordination im Parlament) und am 13. Juni sollten die Verträge genehmigt und unterzeichnet werden. Die Koordination mit dem EDA scheint zu spielen. Der Departementsvorsteher und der neue Direktor der DEH zeigen sich kooperativ. - Die Finanzierung geht zulasten der Entwicklungskredite. Der Einsatz von 50 bis 100'000.- Franken lohnt sich, wenn es gelingt, dadurch eine Verbesserung der Effizienz dieser Projekte zu erreichen. Eine weitere Voraussetzung ist die Zustimmung des Bundesrates zum Antrag des Departementsvorstehers, die Beamten seien zu ermächtigen, den Experten alle benötigten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Die Expertenaufträge sind umschreiben und die Weichen für die Organisation dieses Versuches gestellt. Als Experte konnte Dr. Basler, Ingenieur und Planer, Zürich gewonnen werden, der diese schwierige Aufgabe aus einer gewissen idealistischen Motivation heraus übernommen hat. Er wird sich bei der Ausführung seines Auftrages auf die Ratschläge Dr. Aeschlimanns und Dr. Mastromardis stützen können (Basisorganisation).

Hr. Fischer-Bern verweist auf die letztjährigen Beschlüsse, die Oberaufsicht über die Projekte der DEH zu intensivieren und sie mit der FK, FD, AWK und AAK zu koordinieren. Am 10. März 1987 hat uns die Gesamtkommission ermächtigt, einige Pilotversuche durchzuführen. Ziel ist eine selbständige Erfolgskontrolle und eine Kontrolle der Folgen einer Erfolgskontrolle. Ausgewählt wurden zwei Projekte in Nepal, das IHDP (Oberevaluation) und Milchwirtschaftsprojekte (normale Evaluation).

- Contrôle du succès des projets de l'aide au développement
- Erfolgskontrolle über Projekte der Entwicklungshilfe

M. Delamuraz propose de prendre acte du rapport de Monsieur Fischer et de se mettre d'accord sur la méthode d'évaluation proposée. Il ne s'agit pas de créer de nouvelles structures ni de créer de nouveaux règlements.

La commission approuve la manière de procéder.

M. Thévoz fait remarquer la diminution du nombre de Suisses arrêtés et jugés pour détention de drogue (Exemple: Thaïlande où un seul compatriote a été condamné) vu les mesures rigoureuses appliquées. Par contre, le département s'est occupé de 648 cas d'arrestations en Allemagne, en Italie, en Espagne et en France.

D'une part la peur du gendarme donne de bons résultats, de l'autre, il y a du laxisme.

M. Mastronardi: La Commission de gestion du Conseil des Etats a discuté le cas de la Thaïlande. Ce pays applique des mesures draconiennes qui vont jusqu'à 20 ans d'emprisonnement pour détention de 2 ou 3 grammes de drogue. Cette procédure n'est pas proportionnelle à nos estimations. Je doute qu'il faille souhaiter que les pays européens s'alignent à de telles pratiques.

NATIONALRAT

21. Januar 1983

Geschäftsprüfungskommission

Fragen zur Geschäftsprüfung 1982

An alle Departemente und an die Bundeskanzlei

1. Stellenplafonierung

- 1.1 Die Kommission wünscht eine Tabelle der Stellenverschiebungen, welche über die Aemtergrenzen hinaus
- a) innerhalb des Departementes
 - b) über das Departement hinaus
- vorgenommen worden sind.
- 1.2 Die Kommission wünscht Auskunft über die Anzahl der 1982 frei gewordenen Stellen, die nicht mit der gleichen (oder allenfalls leicht angepassten) Funktion wiederbesetzt worden sind. (Neben den Stellenverschiebungen über die Aemter hinaus (Frage 1.1) werden damit auch die Einsparungen oder Verschiebungen innerhalb der Aemter erfasst.)
- 1.3 Wie gross war die Anzahl der freiwilligen Austritte im Verhältnis zum Total der frei gewordenen Stellen und wieviele der Stellen, deren Inhaber freiwillig ausgetreten sind, mussten nicht wieder mit der gleichen Funktion besetzt werden ?
- 1.4 Die Kommission wünscht eine Schilderung des Vorgehens bei Austrittsgesprächen:
- a) Werden solche systematisch durchgeführt, wenn ja in welchen Fällen von Abgängen, auf welcher Organisationsstufe und durch welche Funktionsträger ?
 - b) Wie wird die Nützlichkeit solcher Austrittsgespräche durch das Departement beurteilt ?

2. Vertretung der Landessprachen

Wie hat sich die Zusammensetzung des Kaders (2. Klasse und höher) im Departement nach Landessprachen im Jahre 1982 gegenüber den zwei vorangegangenen Jahren verändert ?

3. Submissionswesen

- 3.1 Soweit im Departement Arbeitsaufträge an Generalunternehmungen vergeben worden sind, interessiert zu erfahren, ob und allenfalls wie auf die angemessene regionale Verteilung der Unteraufträge durch den Generalunternehmer Einfluss genommen worden ist.
- 3.2 Wie haben sich diese Unteraufträge im vergangenen Jahr regional verteilt ?

Bitte die schriftlichen Berichte in 35 deutschen und 15 französischen Exemplaren bis zum 21. März 1983 dem Sekretariat der Geschäftsprüfungskommissionen, Bundeshaus West, 2..Stock, Zimmer 220/222 zustellen.

CONSEIL NATIONAL

21 janvier 1983

Commission de gestion

Questions concernant la gestion en 1982A tous les départements ainsi qu'à la Chancellerie fédérale1. Plafonnement des effectifs du personnel

- 1.1 La commission désire recevoir une liste des transferts d'emplois qui dépassent le cadre de l'office
- a) au sein du département
 - b) au-delà du département
- 1.2 La commission désire être informée du nombre de postes devenus vacants en 1982, et qui n'ont pas été remplacés dans le même cadre de fonctions (ou tout au moins dans un cadre légèrement adapté).
(A part les transferts d'emplois au-delà des offices (question 1.1) cette question permettra le recensement des réductions et des mutations au sein des offices).
- 1.3 Quel a été le nombre des démissions comparé à celui des places devenues vacantes, et combien de postes, dont les détenteurs ont démissionné volontairement, n'ont pas été repourvu dans le même cadre de fonctions?
- 1.4 La commission désire une description de la manière de procéder aux entretiens lors de démissions:
- a) audition systématique, dans quels cas de démissions, à quel degré, et par qui?
 - b) comment le département juge-t-il l'utilité de tels entretiens?

2. Représentation des langues nationales

Quelles sont les modifications apportées à la répartition des langues nationales dans les cadres du département (2ème classe de traitement et plus haut), en 1982, et comparé aux deux années précédentes?

3. Adjudications

- 3.1 Pour autant que le département ait adjudgé des mandats à des entreprises générales, il serait intéressant de savoir si, et comment on a influencé l'entreprise générale quant à la répartition équitable des commandes entre les régions.
- 3.2 Quelle a été la répartition régionale de ces commandes pour l'année écoulée?

Prière de déposer les rapports écrits avant le 21 mars 1983 au Secrétariat des Commissions de gestion, Palais fédéral ouest, 2ème étage, bureaux 220/222, en 35 exemplaires allemands et 15 exemplaires français.

NATIONALRAT

21. Januar 1983

Geschäftsprüfungskommission

Fragen zur Geschäftsprüfung 1982Departement für auswärtige Angelegenheiten

1. AHV- und IV-Versicherung von Ehefrauen von Schweizern im Ausland: Die Kommission wünscht eine schriftliche Auskunft über den Stand der Bemühungen zur Beseitigung bisher aufgetretener Härtefälle und zur Ermöglichung einer rückwirkenden freiwilligen Versicherung von Ehefrauen ohne Erwerbstätigkeit.
2. Die Kommission wünscht einen Bericht über die getroffenen oder noch prüfungswerten Rationalisierungsmöglichkeiten in der Organisation der Diplomatie (Einsatz moderner technischer Hilfsmittel, insbesondere Kommunikationsmittel).
3. Zusammenarbeit der schweizerischen Botschaften mit der Zentrale für Handelsförderung: Welche Kontakte bestanden im vergangenen Jahr zwischen unsern Botschaften bzw. ihren Handelsattachés und der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung? Brachte die Zusammenarbeit einen spürbaren Beitrag zur Erschliessung von Handelsmärkten? (Gleiche Frage geht an das Eidg. Volkswirtschaftsdepartement) (15 deutsche und 5 franz. Exemplare)
4. Zur Behandlung einer Aufsichtseingabe von Herrn Ludwig A. Minelli, Forch, betreffend den Freiheitsentzug an den sowjetischen Internierten in der Schweiz wünscht die Kommission eine Stellungnahme des Departementes zu den von Herrn Minelli in seinem Briefwechsel mit Botschafter Brunner erhobenen Rechtsfragen. Insbesondere interessiert die Auffassung des Departementes zur Behauptung, das Genfer-Abkommen über die Kriegsgefangenen bilde keine Grundlage für den Freiheitsentzug. Eine solche müsse in Friedenszeiten vielmehr in der Form eines formellen Gesetzes geschaffen werden.
5. Die Geschäftsprüfungskommission wünscht einen Bericht über die Tätigkeit der Intercooperation im Jahre 1982.
6. Die Kommission wünscht einen Bericht zum Ausmass der Entlastung, welche die Intercooperation der DEH im Jahre 1982 gebracht hat.

Bitte die schriftlichen Berichte in 8 deutschen und 5 französischen Exemplaren bis zum 21. März 1983 dem Sekretariat der Geschäftsprüfungskommissionen, Bundeshaus West, 2. Stock, Zimmer 220/222 zustellen.

CONSEIL NATIONAL

21 janvier 1983

Commission de gestion

Questions concernant la gestion en 1982Département fédéral des affaires étrangères

1. Assurance AVS/AI des épouses de Suisses à l'étranger: La commission désire être informée par écrit sur l'évolution des interventions destinées à éliminer les cas de rigueur apparus jusqu'ici et celles instituant l'effet rétroactif de l'assurance facultative des épouses qui n'exercent aucune activité lucrative.
2. La commission désire obtenir un rapport concernant les possibilités de rationalisation effectuées ou à l'examen dans le domaine de l'organisation de la diplomatie (emploi de moyens techniques, en particulier de moyens de communication).
3. Coopération entre les ambassades suisses et l'Office suisse d'expansion commerciale: Quels ont été, pendant l'année écoulée, les contacts entre nos ambassades (attachés commerciaux) et l'Office suisse d'expansion commerciale? La coopération a-t-elle contribué à l'ouverture de nouveaux marchés? (La même question sera posée au Département fédéral de l'économie publique). (15 exemplaires allemands, 5 exemplaires français).
4. Afin de traiter la requête de Monsieur Ludwig A. Minelli de Forch, concernant la privation de liberté des internés soviétiques en Suisse, la commission désire connaître l'avis du Département concernant les problèmes juridiques soulevés par Monsieur Minelli dans ses échanges de correspondance avec l'ambassadeur Brunner. L'avis du Département sur l'affirmation émise par le requérant, selon laquelle la Convention de Genève sur les prisonniers de guerre ne constitue pas une base pour la privation de liberté, nous intéresse tout particulièrement. En temps de paix, il y aurait plutôt lieu de créer une loi formelle.
5. La Commission de gestion désire obtenir un rapport concernant les activités d'Intercoopération en 1982.
6. La commission désire connaître la mesure des allègements apportés à la DDA en 1982 grâce à Intercoopération.

Prière de déposer les rapports écrits avant le 21 mars 1983 au Secrétariat des Commissions de gestion, Palais fédéral ouest, 2ème étage, bureaux 220/222, en 8 exemplaires allemands et 5 exemplaires français.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 15. März 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

- Frage:
- 1.1 Die Kommission wünscht eine Tabelle der Stellenverschiebungen, welche über die Aemtergrenzen hinaus
- a) innerhalb des Departementes
 b) über das Departement hinaus
 vorgenommen worden sind.
- 1.2 Die Kommission wünscht Auskunft über die Anzahl der 1982 frei gewordenen Stellen, die nicht mit der gleichen (oder allenfalls leicht angepassten) Funktion wiederbesetzt worden sind. (Neben den Stellenverschiebungen über die Aemter hinaus (Frage 1.1) werden damit auch die Einsparungen oder Verschiebungen innerhalb der Aemter erfasst.)

Antwort: Die gewünschten Auskünfte gehen aus der beiliegenden Tabelle "Etatstellen-Verschiebungen" hervor. Scheinbare statistische Unstimmigkeiten erklären sich einerseits mit dem zahlenmässigen Unterschied zwischen altersbedingten Rücktritten und den erstmaligen Einsätzen junger Karrierebeamter, andererseits mit Vakanz oder Doppelbesetzungen im Zusammenhang mit der üblichen Personalrotation.

Personalbestand am		
31.12.81	31.12.82	
147	150.5	Generalsekretariat (GS)
151	124	Politische Direktion einschl. Zentrale Dienste (PD) aber ohne Fremde Interessen
7	5.5	Fremde Interessen (FI)
-	34	Direktion für internationale Organisationen (DIO) (ab 1.5.1982, vorher Abt. III der PD)
48	46.5	Direktion für Völkerrecht einschl. Schweiz. Seeschiffahrtsamt, Basel (DV)
127	129.5	Direktion für Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe ausschl. 10 integrierte Strukturposten im Ausland (DFH)
14	15	Mission und Delegation in Genf (GE)
46	49	D- + K-Stagiaires an der Zentrale
540	554	Subtotal Personal im Inland
1235.5	1240.5	Aussendienst (davon 43 D- + K-Stagiaires, 10 integrierte Strukturposten DEH und 5 Fremde Interessen in Teheran und Buenos Aires)
1775.5	1794.5	Total In- + Ausland
1777	1776	Bewilligter Stellenbestand (Plafond)
1763	1776.9	Durchschnittlicher bewilligter Stellenbestand
1761	1780	Durchschnittlicher Personalbestand

Bemerkungen: 1982 waren folgende den Plafond verändernde Stellenverschiebungen zu verzeichnen:
 - 1 Stelle an Bundeskanzlei (Abtretung für Repro-Zentrum)

Legende: A = Diplomatischer und konsularischer Dienst
 B = Konsularischer und Kanzlei-Dienst
 C = Sekretariats- und andere Dienste

	Personalverstärkung			Personalabbau		
	A	B	C	A	B	C
<u>Zentrale:</u> PD: Abt. I				1		
(Inland) Fremde Interessen				0.5		
Politisches Sekretariat	1					
Auslandschweizerdienst				1		
Kanzlei (Abtretung an BK)						1
DV: Völkerrechtssektion	1					
Verkehr			0.5			
Landesgrenzen + Nachbarrecht			0.5			
GE: Mission			2			
Subtotal Inland	2	-	3	2.5	-	1
<u>Aussendienst:</u> Abu Dhabi		1				
Akkra			0.5			
Ankara (Visumpflicht Türkei)		1	1			
Bangkok		1				
Beijing			1			
Belgrad						0.5
Brüssel						0.5
Budapest					1	
Buenos Aires FI					1	
Colombo	1	1	1			
Curitiba			1			
Freiburg i/Br						1
Harare		1				
Istanbul (Visumpflicht Türkei)		1	3			
Manila			1			
Maputo			0.5			
Quito			1.5			
Tananarive			0.5			
Teheran			0.5			
Teheran FI					1	1
Yaoundé		1				
Total pro Dienst	3	7	14.5	2.5	3	4
Gesamttotal		<u>24.5</u>			<u>9.5</u>	



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 15 mars 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Question: 1.1 La commission désire recevoir une liste des transferts d'emplois qui dépassent le cadre de l'office

a) au sein du département

b) au-delà du département

1.2 La commission désire être informée du nombre de postes devenus vacants en 1982, et qui n'ont pas été remplacés dans le même cadre de fonctions (ou tout au moins dans un cadre légèrement adapté).

(A part les transferts d'emplois au-delà des offices (question 1.1) cette question permettra le recensement des réductions et des mutations au sein des offices).

Réponse: Les renseignements désirés ressortent du tableau ci-joint "Effectif du Département fédéral des affaires étrangères". Les divergences apparentes d'ordre statistique proviennent d'une part de la différence entre le nombre de retraités pour raison d'âge et la première affectation de jeunes fonctionnaires de carrière, d'autre part de vacances ou d'emplois doublement occupés en relation avec les mutations habituelles de personnel.

Effectif		
31.12.81	31.12.82	
147	150.5	Secrétariat Général (GS)
151	124	Direction politique y comp.serv.centraux (DP) mais sans les intérêts étrangers
7	5.5	Intérêts étrangers (IE)
-	34	Direction des Organisations internationales (DOI) (dès 1.5.1982, avant Division III de la DP)
48	46.5	Direction du droit international public (DDIP) y.c. Office suisse de la navigation maritime, Bâle
127	129.5	Direction de la coopération au développement et de l'aide humanitaire (DDA), (à l'exception des 10 postes structurels intégrés à l'étranger)
14	15	Mission et délégation, Genève (GE)
46	49	Stagiaires (D+C) à la centrale
540	554	Sous-total personnel en Suisse
1235.5	1240.5	Service extérieur (dont 43 stagiaires (D+C), 10 pos- tes struct. intégrés DDA et 5 intérêts étrangers à Teheran et Buenos Aires)
1775.5	1794.5	Total en Suisse + étranger
1777	1776	Postes autorisés (Plafond)
1763	1776.9	Effectif moyen des postes autorisés
1761	1780	Effectif moyen du personnel

Remarques : La mutation suivante ayant changé le plafond a eu lieu en 1982 :
- 1 place à la Chancellerie fédérale (transférée à Repro-Centre)

Légende : A = Service diplomatique et consulaire
B = Services consulaire et de chancellerie
C = Service de secrétariat et autres services

	Renforts			Réductions		
	A	B	C	A	B	C
CENTRALE : DP				1		
(Suisse)				0.5		
Intérêts étrangers						
Secrétariat politique	1					
Service des Suisses de l'étranger				1		
Chancellerie (transf. à Chanc.féd.)						1
DDIP	1					
Section du droit internat. public						
Section des communications			0.5			
Section frontières et voisinage			0.5			
GE			2			
Mission						
S o u s - t o t a l, Suisse	2	-	3	2.5	-	1
SERVICE		1				
EXTERIEUR :			0.5			
Abu Dhabi		1				
Accra			0.5			
Ankara (visas obligatoires Turquie)		1	1			
Bangkok		1				
Beijing			1			
Belgrade						0.5
Bruxelles						0.5
Budapest					1	
Buenos Aires					1	
Buenos Aires IE	1	1				
Colombo			1			
Curitiba			1			
Fribourg e.Br.						1
Harare		1				
Istanbul (visas obligatoires Turquie)		1	3			
Manille			1			
Maputo			0.5			
Quito			1.5			
Tananarive			0.5			
Teheran			0.5			
Teheran IE					1	1
Yaoundé		1				
T o t a l par service	3	7	14.5	2.5	3	4
T o t a l		24.5			9.5	



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 15. März 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Frage: 1.3 Wie gross war die Anzahl der freiwilligen Austritte im Verhältnis zum Total der freigebliebenen Stellen und wieviele der Stellen, deren Inhaber freiwillig ausgetreten sind, mussten nicht wieder mit der gleichen Funktion besetzt werden?

Antwort: Das Departement verzeichnete im Berichtsjahr 163 freierwerdende Stellen, davon 90,5 als Folge freiwilliger Austritte. Bekanntlich sind zwei Drittel des departementalen Personalbestandes auf den rund 150 Auslandvertretungen eingesetzt. Diese Aufsplitterung verhindert in den meisten Fällen grössere organisatorische Änderungen in der Folge eines einzelnen Abganges. Einsparungen (ersichtlich aus der Tabelle "Etatstellen-Verschiebungen" in den Fragen 1.1 und 1.2) werden meist im Zusammenhang mit Versetzungen erzielt.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 15 mars 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Question: 1.3 Quel a été le nombre des démissions comparé à celui des places devenues vacantes, et combien de postes, dont les détenteurs ont démissionné volontairement, n'ont pas été re-pourvu dans le même cadre de fonctions ?

Réponse: Au cours de l'année de gestion, le Département a enregistré 163 places devenues vacantes, dont 90,5 à la suite de démissions volontaires. Comme on le sait, les deux tiers de l'effectif du personnel du Département sont affectés aux quelque 150 représentations à l'étranger. Dans la majorité des cas, ce fractionnement empêche de grandes modifications d'organisation à la suite d'une seule démission. Des économies sont la plupart du temps obtenues lors de transferts (voir tableau "Mutations à l'intérieur du DPAE en 1982 concernant les questions 1.1 et 1.2).



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 15. März 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

- Frage: 1.4 Die Kommission wünscht eine Schilderung des Vorgehens bei Austrittsgesprächen:
- a) Werden solche systematisch durchgeführt, wenn ja in welchen Fällen von Abgängen, auf welcher Organisationsstufe und durch welche Funktionsträger?
 - b) Wie wird die Nützlichkeit solcher Austrittsgespräche durch das Departement beurteilt?

Antwort: Vor allem wegen der starken Dezentralisierung des EDA werden Austrittsgespräche nicht systematisch durchgeführt. Oft ergeben sie sich aber in der Praxis dennoch, je nach der Persönlichkeit der Chefs und den Umständen am Dienort. In gewissen Fällen geben solche Gespräche Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten im Verwaltungs- oder Personalbereich; sie werden deshalb begrüsst.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 15 mars 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

- Question: 1.4 La commission désire une description de la manière de procéder aux entretiens lors de démissions:
- a) audition systématique, dans quels cas de démissions, à quel degré, et par qui ?
 - b) comment le département juge-t-il l'utilité de tels entretiens ?

Réponse: Avant tout à cause de la forte décentralisation du DFAE, des entretiens lors de démissions ne peuvent pas être réalisés de façon systématique. En pratique, pourtant, de tels entretiens ont souvent lieu, selon la personnalité du Chef et les circonstances au lieu de service. Dans certains cas, ces auditions permettent des améliorations dans le domaine de l'administration ou de la gestion du personnel; elles sont dès lors appréciées.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

a.123.31 ^B
 a.123.32 - BA/ds

3003 Bern, den 13. April 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

An das Sekretariat der
 Geschäftsprüfungskommission
 Bundeshaus West

3003 B e r n

Notiz zuhanden der Mitglieder der
 Geschäftsprüfungskommission

An der Sitzung vom 12. April 1983 haben Sie eine schriftliche Erläuterung der Tatsache verlangt, dass das EDA 1982 den ihm bewilligten Stellenbestand um durchschnittlich 3,1 Einheiten überschritten hat.

Wie bereits mündlich dargelegt, ist es für unser Departement in diesen Jahren wegen der äusserst ungünstigen Altersstruktur des EDA-Personals (binnen wenigen Jahren tritt mehr als die Hälfte des Karrierepersonals in den Ruhestand) zunehmend schwieriger, die Ziele der Personalplafonierung und des nötigen Ausgleichs der Altersstruktur auf einen Nenner zu bringen. Geht man von einer durchschnittlichen Dienstzeit von 40 Jahren aus, ist bei einer ausgeglichenen Altersstruktur des Personals mit jährlichen Abgängen von etwa 2,5% des Bestandes zu rechnen. Allein in den Jahren 1984 und 1985 werden indessen 6,5% der Angehörigen der diplomatisch-konsularischen Karriere mit Hochschulausbildung und 17% der Angehörigen dieser Karriere mit Verwaltungsausbildung pensioniert (eine Folge des absoluten Personalstopps im EDA von 1946 bis 1955). Diese enormen Abgänge sind unter dem im EDA einzig möglichen Karrieresystem (zweijährige Grundausbildung) bereits in den Jahren 1982 und 1983 durch Neuanstellungen zu kompensieren, damit 1985 das nötige, genügend ausgebildete und erst dadurch voll einsatzfähige Personal zur Verfügung steht.

Wenn wir bis 1981 den bewilligten Plafond einhalten konnten, so nur dank ausserordentlicher Anstrengungen aller Vertretungen und der Zentrale, welche trotz stetig zunehmender Aufgaben immer mehr und längere strukturelle Vakanzen (Nicht-Besetzung eines Postens zwischen der Abreise eines Beamten von einer Vertretung und der Ankunft seines Nachfolgers) in Kauf zu nehmen haben. Nur so konnten wir die nötige Anzahl junger Diplomaten und Kanzleibeamter (die von Anfang an als Einheiten zählen, aber nicht als solche eingesetzt werden können) rekrutieren und ausbilden.

./.

- 2 -

1982 beeinflussten zwei nicht voraussehbare und deshalb nicht einplanbare Ereignisse den EDA-Personalbestand. Anfangs April übernahm die Schweiz im Rahmen ihrer Politik der guten Dienste nach Ausbruch des Falkland-Konflikts die britischen Interessen in Argentinien, wo über Nacht zwei Einheiten - ein absolutes Minimum - einzusetzen waren. Im Juni folgte der BRB über die Einführung der Visumpflicht für türkische Staatsangehörige. Innert kürzester Frist waren unsere Vertretungen in Ankara mit zwei und Istanbul mit vier Einheiten für die Visaerteilung zu verstärken. Allein diese sechs zusätzlichen Personen belasteten den EDA-Plafond seit Mitte 1982 um - auf das Jahr umgerechnet - drei Einheiten. Diese Entwicklung voraussehend, beantragte das EDA dem Bundesrat erfolglos, ihm die nötige Anzahl Einheiten zuteilen. Wir dürfen mit Grund behaupten, dass das EDA seinen Plafond, trotz der Strukturprobleme, ohne die Einführung der Visumpflicht für Türken auch 1982 nicht überschritten hätte.

Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass auch das Eidg. Personalamt unsere Strukturprobleme genau kennt und sich deshalb bereit erklären konnte, die drei Einheiten innerhalb des bewilligten Gesamtbestandes der allgemeinen Bundesverwaltung "unterzubringen".

Den vorstehenden Ausführungen konnten Sie entnehmen, dass unsere gegenwärtigen Probleme vorübergehender Natur sind. Um in den abgangsstarken Jahren 1985 und 1986 genügend einsatzfähiges Personal zur Verfügung zu haben, sind wir darauf angewiesen, dieses schon 1983 und 1984 zu rekrutieren. Unsere Personalschwierigkeiten dürften sich in diesen beiden Jahren gegenüber 1982 also eher noch akzentuieren. Erst ab 1985/86 ist mit einer Normalisierung zu rechnen.

DER GENERALSEKRETAER



(Glesti)

Beilage:

Tabelle vom 17.1.1983



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 15. März 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Frage: 2. Wie hat sich die Zusammensetzung des Kaders (2. Klasse und höher) im Departement nach Landessprachen im Jahre 1982 gegenüber den zwei vorangegangenen Jahren verändert?

Antwort: Die gewünschten Auskünfte sind in der beiliegenden Tabelle 2 enthalten.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 15 mars 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Question: 2. Quelles sont les modifications apportées à la répartition des langues nationales dans les cadres du département (2ème classe de traitement et plus haut), en 1982, et comparé aux deux années précédentes ?

Réponse: Les renseignements désirés sont contenus dans le tableau No 2 ci-annexé.

Tabelle zu Frage 2:

Zusammensetzung des Kaders im EDA (2. Besoldungsklasse und höher) nach Landessprachen

Tabelle concernant question 2:

Répartition des langues nationales dans les cadres du DFAE (2ème classe de traitement et plus haut)

	31.12. 1982		31.12. 1981		31.12. 1980	
<u>deutsch</u>						
<u>allemand</u>						
Diplomatische Beamte / Fonct.diplomatiques	69		62		72	
Konsularbeamte / Fonct. consulaires	40		39		43	
Allg. Dienste / Services généraux (Beamte und Angestellte) (fonctionnaires et employés)	22		21		22	
S-Total	131	55,3%	122	51,7%	137	54,1%
<u>französisch</u>						
<u>français</u>						
Diplomatische Beamte / Fonct.diplomatiques	64		76		80	
Konsularbeamte / Fonct. consulaires	23		20		18	
Allg. Dienste / Services généraux (Beamte und Angestellte) (fonctionnaires et employés)	12		11		11	
S-Total	99	41,8%	107	45,4%	109	43,1%
<u>italienisch</u>						
<u>italien</u>						
Diplomatische Beamte / Fonct.diplomatiques	3		3		3	
Konsularbeamte / Fonct.consulaires	2		2		2	
Allg. Dienste / Services généraux (Beamte und Angestellte) (fonctionnaires et employés)	1		1		1	
S-Total	6	2,5%	6	2,5%	6	2,4%
<u>romanisch</u>						
<u>romanche</u>						
Diplomatische Beamte / Fonct.diplomatiques	1		1		1	
Konsularbeamte / Fonct.consulaires	-		-		-	
Allg. Dienste / Services généraux (Beamte und Angestellte) (fonctionnaires et employés)	-		-		-	
S-Total	1	0,4%	1	0,4%	1	0,4%
<u>T o t a l</u>	237	100,0%	236	100,0%	253	100,0%
	=====		=====		=====	



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 15. März 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

- Frage:
- 3.1 Soweit im Departement Arbeitsaufträge an Generalunternehmungen vergeben worden sind, interessiert zu erfahren, ob und allenfalls wie auf die angemessene regionale Verteilung der Unteraufträge durch den Generalunternehmer Einfluss genommen worden ist.
 - 3.2 Wie haben sich diese Unteraufträge im vergangenen Jahr regional verteilt?

Antwort: Das Departement hat 1982 keine Arbeitsaufträge an Generalunternehmungen vergeben.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 15 mars 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

- Question:
- 3.1 Pour autant que le département ait adjudgé des mandats à des entreprises générales, il serait intéressant de savoir si, et comment on a influencé l'entreprise générale quant à la répartition équitable des commandes entre les régions.
 - 3.2 Quelle a été la répartition régionale de ces commandes pour l'année écoulée ?

Réponse: Le Département n'a, en 1982, adjudgé aucun mandat à des entreprises générales.

Bern, den 17. März 1983

Fragen der Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates zum
Geschäftsbericht des Bundesrates 1982

1. Frage

AHV- und IV-Versicherung von Ehefrauen von Schweizern im Ausland:

Die Kommission wünscht eine schriftliche Auskunft über den Stand der Bemühungen zur Beseitigung bisher aufgetretener Härtefälle und zur Ermöglichung einer rückwirkenden freiwilligen Versicherung von Ehefrauen ohne Erwerbstätigkeit.

Antwort:

Nach Bekanntwerden der vom Eidg. Versicherungsgericht (EVG) eingeführten neuen Judikatur hat das Eidg. Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) die sich aufdrängenden Schritte eingeleitet, um zu einer Lösung zu kommen. So wurden die Rückwirkungen auf die Auslandschweizer mit dem Auslandschweizersekretariat der Neuen Helvetischen Gesellschaft (NHG) besprochen. Für die Ehefrauen von Bundesbediensteten im Ausland hat der Bundesrat am 19. Mai 1982 einem Antrag des EDA auf Uebernahme eventuell ausfallender Versicherungsleistungen durch den Bund zugestimmt und das Bundesamt für Sozialversicherung beauftragt, die Möglichkeit eines nachträglichen Beitritts der über 51-jährigen Ehefrauen zur freiwilligen AHV zu prüfen. Der Sonderausschuss für die freiwillige AHV und die Eidg. AHV/IV-Kommission haben auf Antrag des EDA beschlossen, dem Bundesamt für Sozialversicherung zu empfehlen, eine Sonderbotschaft des Bundesrates an das Parlament weiterzuleiten, die eine Uebergangsregelung für alle Ehefrauen von obligatorisch versicherten Schweizern im Ausland vorsieht. Danach können sie - ohne Rücksicht auf ihr Alter - während zwei Jahren

- 2 -

seit Inkrafttreten der Bestimmung nachträglich der freiwilligen AHV/IV beitreten. Mit dem Beitritt gilt eine Frau als freiwillig versichert vom Zeitpunkt an, in dem sie erstmals als Ehefrau eines im Ausland obligatorisch versicherten Schweizerbürgers dort niedergelassen war. Für erwerbstätige Ehefrauen beginnt die Beitragspflicht frühestens am 1. Januar des Jahres, in dem sie den nachträglichen Beitritt erklären. Versicherungsleistungen werden vom Zeitpunkt des Inkrafttretens der Regelung an ausgerichtet.

Mit dieser Massnahme können praktisch die meisten Fälle aufgefangen werden. Die Botschaft sollte in den Räten noch dieses Jahr behandelt werden, damit die Regelung auf den 1. Januar 1984 in Kraft gesetzt werden kann.

3003 Berne, le 17 mars 1983

Questions posées par la Commission de gestion du Conseil national au sujet du rapport de gestion du Conseil fédéral de 1982

1. Question:

Assurance AVS/AI des épouses de Suisses de l'étranger:
La Commission désire être informée par écrit sur l'évolution des interventions destinées à éliminer les cas de rigueur apparus jusqu'ici et celles instituant l'effet rétroactif de l'assurance facultative des épouses qui n'exercent aucune activité lucrative.

Réponse:

Dès qu'il a pris connaissance de la nouvelle jurisprudence du Tribunal fédéral des assurances, le Département fédéral des affaires étrangères (DFAE) a entrepris les démarches qui s'imposaient en vue de trouver une solution à ce problème. Les conséquences qui découlent de cette nouvelle pratique pour les Suisses de l'étranger ont été d'autre part examinées avec le Secrétariat des Suisses de l'étranger de la Nouvelle Société Helvétique (NSH).

Pour ce qui est des épouses des fonctionnaires et employés de la Confédération en poste à l'étranger, le Conseil fédéral a, en date du 19 mai 1982, approuvé une proposition du DFAE, tendant à ce que les lacunes qui pourraient surgir en matière de prestations de l'assurance puissent être prises en charge par la Confédération.

L'Office fédéral des assurances sociales a été chargé d'examiner la possibilité d'une adhésion tardive à l'assurance facultative des épouses ayant déjà accompli leur 51^{ème} année. La Sous-commission pour l'assurance facultative et la Commission fédérale de l'AVS et de l'AI ont décidé, sur proposition du DFAE, de recommander à l'Office fédéral des assurances sociales de transmettre au Parlement un Message spécial du Conseil fédéral prévoyant une réglementation transitoire en faveur de toutes les épouses d'assurés obligatoires domiciliés à l'étranger. Cette réglementation leur permet, indépendamment de leur âge, de demander après coup leur adhésion à l'assurance facultative dans un délai de deux ans à partir de l'entrée en vigueur de cette

disposition. En déclarant son adhésion, l'épouse est réputée facultativement assurée avec effet dès le moment où elle a pour la première fois été domiciliée à l'étranger en tant qu'épouse d'un ressortissant suisse obligatoirement assuré. Pour les épouses qui exercent une activité lucrative, l'obligation de verser des cotisations commence au plus tôt le 1er janvier de l'année au cours de laquelle la demande d'adhésion tardive a été déposée. Les prestations d'assurance seront versées dès l'entrée en vigueur de cette nouvelle réglementation. Avec ces mesures, la plupart des cas peuvent pratiquement être résolus. Le Message, qui vient d'être adopté par le Conseil fédéral, le 14 mars 1983, devrait être traité par les deux Chambres cette année encore, afin que la nouvelle réglementation puisse entrer en vigueur le 1er janvier 1984.

NATIONALRAT

11.2.1983

Geschäftsprüfungskommission
Sektion BK/EDA
Sektion EDI

AHV- und IV-Versicherung von Ehefrauen von Schweizern im Ausland:

Wir Roger Bernheim in der NZZ vom 13.12.1982 belegt, haben die zuständigen Bundesbehörden bis 1982 allen Betroffenen eine falsche Rechtsauskunft erteilt (vgl. das "Merkblatt über die freiwillige Versicherung für Auslandschweizer").

- Verlangt hier nicht der Vertrauensschutz, dass der Bund für den Schaden, der daraus erwachsen ist, hafte?
- Mit welchem Recht beschränkt der Bundesrat die Uebernahme der entstandenen Schäden auf Bundesbedienstete? Gilt der Vertrauensschutz nicht gegenüber allen Auslandschweizern? (Da das Merkblatt nur an Auslandschweizer gerichtet ist, schafft es keinen Vertrauensschutz für die Gattinnen ausländischer Arbeitnehmer in der Schweiz. Deshalb tritt auf diesem Wege die befürchtete Gleichstellung dieser Frauen nicht ein ...?)
- Ist es nicht stossend und widersprüchlich, wenn der Bund (Bundesamt für Sozialversicherung) sogar von einer invaliden Frau die Rückzahlung der nach alter Rechtsauffassung ausbezahlten Rente fordert?

Beilage: Artikel der NZZ

Geht an: HH. Fischer-Bern, Robbiani

J. C. Reichenard

Fragwürdige Rechtsmanipulation um die AHV/IV

Zwischen Vertrauensschutz und Legalitätsprinzip

Benachteiligte Gattinnen obligatorisch versicherter Auslandschweizer

Von Roger Bernheim, London

Ein leidiger Streit zwischen einer Kategorie von Auslandschweizergattinnen und der Schweizerischen Ausgleichskasse in Genf über eine Frage der AHV/IV zieht sich in die Länge und nimmt allmählich skandalöse Formen an. Dass die schweizerische Öffentlichkeit sich kaum mit der Angelegenheit beschäftigt, erklärt sich daraus, dass relativ wenige Leute davon betroffen sind und diese zum grössten Teil im Ausland wohnen. Es handelt sich erstens um die Gattinnen von Schweizer Bürgern, die im Ausland für eine Schweizer Firma arbeiten, von dieser in der Schweiz entlohnt werden und somit obligatorisch bei der AHV/IV versichert und beitragspflichtig sind; zweitens um die Gattinnen der ebenfalls obligatorisch versicherten Bundesbediensteten im Ausland, also der hauptsächlich in diplomatischen und konsularischen Dienst stehenden Beamten. Die genaue Zahl der betroffenen Frauen ist nicht ermittelt. Sie dürfte in der Grössenordnung von 10 000 sein, wobei voraussichtlich nur etwa bei 1000 die rechtliche Benachteiligung, von welcher sie betroffen sind, sich effektiv zu einem Schaden auswirken wird.

Desavouierte offizielle Erklärungen

Den betreffenden Schweizer Bürgerinnen haben die dafür zuständigen Auslandvertretungen der Schweiz während dreissig Jahren dargelegt, dass sie es nicht nötig hätten, der freiwilligen AHV/IV für Auslandschweizer beizutreten, da sich die Versicherteneigenschaft ihres obligatorisch versicherten schweizerischen Ehemanns gleich wie in der Schweiz auch im Ausland auf sie erstreckte. Diese Auskunft erteilten die Auslandvertretungen auf Grund von Urteilen des Eidgenössischen Versicherungsgerichts und von Stellungnahmen der zuständigen Behörden, namentlich des Bundesamtes für Sozialversicherung sowie der für die AHV-Renten des Bundespersonals zuständigen Eidgenössischen Ausgleichskasse in Bern.

Eine Aenderung der Rechtsauffassung bescherte 1981 den betreffenden Gattinnen über Nacht die Offenbarung, dass sie im Gegensatz zu den offiziellen Erklärungen der letzten 30 Jahre nicht versichert sind und dass es für sie nötig gewesen wäre, der freiwilligen AHV/IV für Auslandschweizer beizutreten. Sie können jetzt, sofern sie noch nicht 51 Jahre alt sind, nachträglich der freiwilligen Versicherung beitreten, aber gemäss den Gesetzesbestimmungen hat der Beitritt keine rückwirkende Gültigkeit.

auf den gleichen Gesetzesartikel das genaue Gegenteil davon entschieden, nämlich dass die Versicherteneigenschaft eines Ehemanns sich «im Ausland gleich wie im Inland» und «in der obligatorischen wie in der freiwilligen AHV» auf die Ehefrau erstreckt (ZAK 1960 S. 85). Das Gericht bekräftigte diese Rechtsauffassung in einem weiteren Urteil am 15. April 1964 (unveröffentlicht). Seltsamerweise verwies das Gericht in seinem gegenteiligen Urteil vom 6. August 1980 nicht auf diese beiden früheren Entscheide und nannte auch keine Gründe für die vollzogene Aenderung der Rechtsauffassung.

Ursprüngliche Absicht des Gesetzgebers

Die in den beiden Urteilen von 1958 und 1964 ausgedrückte Rechtsauffassung entsprach der Absicht des Gesetzgebers. Das Eidgenössische Versicherungsgericht selber wies in einem späteren Entscheid darauf hin (ZAK 1981 S. 338 f.). Die eidgenössischen Räte hielten nämlich bei den Vorarbeiten zum AHV-Gesetz fest, dass der für die Schweizer im Ausland massgebende Paragraph 1c des ersten Gesetzesartikels, der im Mittelpunkt der heutigen Auseinandersetzung steht, den Zweck verfolge, den «Schweizer Bürgern und ihren Angehörigen» eine «fortdauernde Unterstellung unter die AHV» zu gewährleisten. Die neue, im Gerichtsentscheid vom 6. August 1980 enthaltene Rechtsauffassung steht im Gegensatz zu dieser vom Gesetzgeber gewollten Bestimmung des Gesetzesparagraphen.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) übernahm die in den Entscheiden des Eidgenössischen Versicherungsgerichts von 1958 und 1964 niedergelegte Rechtsauffassung. Dementsprechend hielten sich auch alle Auslandvertretungen des EDA daran. Ihnen obliegt laut der vom Bundesamt für Sozialversicherung herausgegebenen «Wegleitung zur freiwilligen Versicherung für Auslandschweizer» die Orientierung der Auslandschweizer in dieser Sache.

Benachteiligte Ehefrauen und Kinder

Das bringt den Betroffenen Nachteile. Nicht berührt werden davon die Ehepaarrente und die Witwenrente. Es trifft nur allfällige *selbständige Ansprüche der Gattin* auf Versicherungsleistungen, zum Beispiel wenn sie vor dem Ehemann das Rentenalter erreicht oder wenn die Ehe geschieden wird oder wenn Invalidität eintritt. In diesen Fällen werden bei der Berechnung der Rente die im Ausland unversichert verbrachten Jahre nicht berücksichtigt, und es besteht mitunter kein Anrecht auf eine ordentliche Rente, allenfalls vielleicht auf eine ausserordentliche. Ebenfalls betroffen werden etwaige Ansprüche der Kinder, namentlich die auf Mutterwaisenrente.

Es versteht sich von selber, dass die betroffenen Frauen bei Beginn ihres Auslandsaufenthalts der freiwilligen Versicherung beigetreten wären, wenn sie damals die jetzt erteilte Auskunft, und nicht das Gegenteil davon, erhalten hätten. Für den Beitritt genügt ja ein *reiner Formalakt*, nämlich das Ausfüllen eines kurzen Formulars. Kosten sind damit keine verbunden, und wenn die Frau nicht erwerbstätig ist, muss sie auch keine Versicherungsbeiträge leisten — genau wie in der obligatorischen Versicherung. Angesichts dessen wirkt die Weigerung der Behörden, den betroffenen Frauen die rückwirkende Gültigkeit des nachträglich erfolgten Beitritts zuzugestehen, wie ein überspitzter Rechtsformalismus.

Geänderte Rechtsprechung

Die in diesen Sachen zuständige Schweizerische Ausgleichskasse in Genf ist anderer Meinung. Sie behauptet, dass sich die Rechtslage seit 1948, als das AHV-Gesetz in Kraft trat, nicht geändert habe. Doch diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen. Unverändert geblieben ist nur der Wortlaut des massgebenden Gesetzesartikels, nämlich Artikel 1 des AHV-Gesetzes; aber verändert, und zwar ins genaue Gegenteil, hat sich die *in Gerichtsurteilen niedergelegte Interpretation* dieses Gesetzesartikels, also die Rechtsauffassung, die gemeinsam mit dem Wortlaut des Gesetzes die Rechtslage schafft.

Gestützt auf Artikel 1 des AHV-Gesetzes urteilte das Eidgenössische Versicherungsgericht am 6. August 1980 und in nachfolgenden Fällen, dass die Versicherteneigenschaft eines obligatorisch versicherten Schweizer Bürgers im Ausland sich *nicht auf die Ehefrau* erstrecke (Zeitschrift für die Ausgleichskassen der AHV usw., ZAK 1981 S. 337 ff.). Doch am 14. November 1958 hatte das gleiche Gericht gestützt

... und die Auffassung der Verwaltung

Die gleiche Rechtsauffassung galt damals auch im *Bundesamt für Sozialversicherung*. In einer Stellungnahme vom 9. September 1964 an das EDA widersprach das Bundesamt ausdrücklich der von einem Konsularbeamten geäusserten Meinung, dass sich im Ausland die Versicherteneigenschaft eines obligatorisch Versicherten nicht auf dessen Gattin erstrecke. Das Amt betonte, dass die *Gattin mitversichert* sei. Diese Rechtsauffassung vermittelte bis 1982 auch das von diesem Bundesamt veröffentlichte «Merkblatt über die freiwillige Versicherung für Auslandschweizer», das allen Schweizern im Ausland bei der konsularischen Immatrikulation ausgehändigt wird. In Paragraph 5 des Merkblattes hiess es sogar, dass die betreffenden Gattinnen der freiwilligen Versicherung *überhaupt nicht beitreten* könnten. Erst 1982 gab das Bundesamt eine *abgeänderte Fassung* des Merkblattes heraus, worin nun jenen Frauen der Beitritt zur freiwilligen Versicherung empfohlen wird.

Auch die *Eidgenössische Ausgleichskasse in Bern*, die für die AHV-Renten des Bundespersonals zuständig ist, vertrat stets die alte Rechtsauffassung. Noch 1975 und erneut 1976 bestätigte sie dem EDA in einer Stellungnahme, dass die «Ehefrauen von obligatorisch versicherten Schweizer Bürgern im Ausland den in der Schweiz wohnhaften Ehefrauen von Schweizer Bürgern *gleichgestellt* und somit mitversichert» sind.

Die Ausgleichskasse im Widerspruch zu sich selbst

Das war die damalige Rechtsauffassung. Das Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichts vom 6. August 1980 stellt eine Aenderung der Rechtsauffassung, eine *Kehtwendung* dar. Darf ein Gericht im Laufe der Jahre seine Meinung ändern? Es darf. Aber dann kann seine neue Rechtsauffassung *nicht rückwirkend* auf Tatbestände angewendet werden, die das Gericht selber mit seiner früheren Rechtsauffassung zu schaffen mithalf.

Die Schweizerische Ausgleichskasse in Genf, die heute behauptet, dass die Rechtslage sich *nie geändert* habe, stolperte selber über die vom Versicherungsgericht vollzogene *Kehtwendung*. Am 17. März 1982 informierte sie eine der betroffenen Frauen, dass «Ehefrauen von obligatorisch versicherten Schweizer Bürgern im Ausland den in der Schweiz wohnhaften Ehefrauen von Schweizer Bürgern gleichgestellt» sind. Drei Wochen später, am 8. April, widerrief sie in einem neuen Schreiben das vorangegangene und informierte nun die Fragestellerin im Sinne der neuen Rechtsauffassung, dass das Gegenteil vom vorher Geschriebenen gelte.

Trotz alledem beharrt die Ausgleichskasse in Genf unentwegt darauf, dass sich seit 1948 nichts geändert habe. Möglicherweise, so schreibt sie den Beschwerdeführerinnen, hätten Amtsstellen gelegentlich eine *falsche Auskunft* erteilt; aber aus einer «behaupteten falschen

Auskunft» könnten die Betroffenen keine Rechte ableiten. Das Gesetz; nicht die davon abweichende Auskunft sei für die Rechtsstellung des Bürgers massgebend.

Falschauskunft und Vertrauensschutz

Doch von einer «behaupteten falschen Auskunft» kann nicht die Rede sein, und zwar nicht bloss wegen des grammatikalischen Unsinn dieser Formulierung. Es wird nämlich gar nichts behauptet, sondern ein *Tatbestand* registriert. Das EDA selber bestätigte am 31. August 1982 in seinem Amtsbericht an die AHV/IV-Rekurskommission, dass seine Auslandvertretungen bis 1981 auf Grund der ihnen von den Behörden erteilten Auskünfte die Auslandschweizer nicht bloss in vereinzelt Fällen, sondern *generell* auf die Weise orientierte, die heute als falsch bezeichnet wird. Wörtlich fügte das EDA hinzu: «Von den *Falschauskünften* betroffen sind demnach nicht nur Einzelpersonen, sondern die *ganze genannte Kategorie*, das heisst alle Ehefrauen von Auslandsbediensteten des Bundes wie auch von anderen obligatorisch versicherten Auslandschweizern.» Der Beweis dafür, dass sich die Sache so verhält, war im übrigen längst dadurch erbracht, dass laut Angaben des EDA seine Auslandsbediensteten vom Kanzleisekretär bis hinauf zum Botschafter selber ausnahmslos im Sinne der alten Rechtsauffassung gehandelt, also ihre eigenen Gattinnen nicht veranlasst hatten, der freiwilligen Versicherung beizutreten.

Angesichts dieses Sachverhalts machen die betroffenen Frauen den vom Bundesgericht anerkannten Grundsatz geltend, dass «*Vertrauensschutz* unter Umständen höher zu bewerten ist als das *Legalitätsprinzip*». Nach *bundesgerichtlicher Rechtsprechung* hat der Bürger gemäss dem *Grundsatz von Treu und Glauben* «Anspruch auf Schutz des berechtigten Vertrauens auf behördliche Zusicherungen, unter der Voraussetzung, dass die Amtsstelle, welche die Auskunft gab, für die Auskunftserteilung zuständig war, dass der Bürger die Unrichtigkeit des Bescheids nicht ohne weiteres hat erkennen können und dass er im Vertrauen auf die Auskunft eine nicht wieder rückgängig zu machende Disposition getroffen hat» (BGE 96 I, S. 15 f.).

Bundesamtes für Sozialversicherung zuhanden des Gerichts, auf die dann das Gericht seinen Entscheid basierte.

In dieser Vernehmlassung vertrat das Bundesamt für Sozialversicherung die These, dass die Ausdehnung der Versicherteneigenschaft eines obligatorisch versicherten Auslandschweizers auf seine Gattin *unerwünschte Auswirkungen* auf die im Ausland wohnenden Frauen *ausländischer Arbeitnehmer in der Schweiz* haben könnte. Nach Auffassung des Bundesamtes würden nämlich die *Gleichbehandlungsklauseln* wirksam werden, die in den Sozialversicherungsabkommen figurieren, welche die Schweiz mit *sieben andern Staaten* abgeschlossen hat. Aus dieser Gleichbehandlungsklausel könnte jenen Ehefrauen von ausländischen Arbeitnehmern ein Anrecht darauf erwachsen, dass auch in ihrem Fall die Versicherteneigenschaft des Gatten auf die Ehefrau ausgedehnt werde. Demzufolge befürchtet das Bundesamt für Sozialversicherung eine «Gefährdung der finanziellen Zukunft des schweizerischen Sozialwerks».

Privilegierung von Bundesbediensteten?

Diese Voraussetzungen sind erfüllt. Das hält jedoch die Ausgleichskasse in Genf nicht davon ab, mit Hinweis auf andere Rechtsparagrafen den Vertrauensschutz trotzdem ausschalten zu wollen. Allein, während dieser Paragrafenkrieg wütet, geschieht plötzlich etwas völlig Neues, das nun die ganze Angelegenheit, welche höchste Beamte des EDA längst als skandalös bezeichneten, wahrhaftig zum Skandal macht. Der Bundesrat anerkennt, dass Unrecht geschehen ist, schützt aber vorderhand erst einmal sein eigenes Personal. Er fasst folgenden Beschluss: «Sollten den Ehefrauen und Kindern von Bediensteten des Bundes im Ausland die dort unversichert verbrachten Jahre von den AHV-Rekursinstanzen nicht als Versicherungsjahre anerkannt werden, so übernimmt der Bund die diesen Personen entstandenen oder entstehenden Schäden, soweit sie auf Grund unrichtiger oder unvollständiger Auskünfte von Bundesbehörden entstanden sind.» (BRB vom 19. Mai 1982)

Warum nur die Schäden der Bundesbediensteten? Warum nicht auch die der *Auslandsschweizer*, die in gleicher Weise von den unrichtigen Auskünften der Bundesbehörden betroffen sind, aber nicht im Bundesdienst stehen? Gewiss, der Bundesrat hat als Arbeitgeber besondere Verpflichtungen. Befreien ihn diese von der *Haftpflicht*, die im Bundesgesetz über die Verantwortlichkeit des Bundes niedergelegt ist? Laut diesem Gesetz haftet der Bund für Schäden, die ein Beamter in Ausübung seiner amtlichen Tätigkeit Dritten zufügt. Drittpersonen im allgemeinen, nicht nur Bundesbediensteten.

Suche nach einem Ausweg

Der Bundesrat sucht allerdings auch für die Nicht-Beamtengattinnen nach einem Ausweg. Ins Auge gefasst ist eine *Uebergangsbestimmung* zum AHV-Gesetz, die sämtlichen betroffenen Frauen die Möglichkeit zum *rückwirkenden Beitritt zur freiwilligen Versicherung* bieten soll. Der Sonderausschuss der Eidgenössischen AHV/IV-Kommission für die freiwillige Versicherung hat sich bereits mit einem Entwurf dazu befasst, und im Frühjahr soll die Kommission selber sich damit beschäftigen, worauf der Antrag den Räten zugestellt wird.

Doch so, wie die Mühlen heute mahlen, kann diese Uebergangsbestimmung frühestens 1984 in Kraft treten. Mittlerweile werden erwartete Renten verweigert, einkalkuliertes Einkommen bleibt aus. Von einer invaliden Frau, der man auf Grund der alten Rechtsauffassung eine Invalidenrente gewährt hatte, verlangen nun die Ausgleichskasse und das Bundesamt für Sozialversicherung auf Grund der neuen Rechtsauffassung vor Gericht die *Rückzahlung* der erhaltenen Rentenbeträge — eine Gesamtsumme von 37 000 Franken.

Hintergründe

Die Behörden berufen sich auf das Recht. Aber die am 6. August 1980 vom Eidgenössischen Versicherungsgericht vorgenommene Aenderung der Rechtsauffassung erfolgte *nicht aus Gründen des Rechts*. Sie erfolgte aus Gründen staatshaushalterischer Zweckdienlichkeit. Massgebend war dabei die Vernehmlassung des

Das Bundesamt für Sozialversicherung ist *hauptzuständig* für die Vorbereitung der zwischenstaatlichen Sozialversicherungsabkommen der Schweiz. Die meisten der sieben angeführten Abkommen wurden in den fünfziger und sechziger Jahren, alle vor 1975, ausgehandelt. Wo war damals die heute bekundete Besorgnis des Bundesamtes um die finanzielle Zukunft des schweizerischen Sozialwerks? Als das Bundesamt damals die sieben zwischenstaatlichen Sozialversicherungsabkommen aushandelte und die Gleichbehandlungsklausel darin aufnahm, *übersah es*, dass sich daraus im Zusammenhang mit dem AHV-Gesetz unerwünschte Auswirkungen ergeben könnten. Andernfalls hätte es die nötigen Vorbehalte in das Vertragswerk eingebaut, wie es dies ja hinsichtlich anderer Zusammenhänge und auch im 1979 mit Norwegen abgeschlossenen Sozialversicherungsabkommen tat. 1979, als man das Abkommen mit Norwegen abschloss, hatte das Bundesamt bemerkt, dass die Gleichbehandlungsklausel sich in unerwünschter Weise auswirken würde, solange die alte Rechtsauffassung hinsichtlich der Gattinnen obligatorisch Versicherter im Ausland gültig war, und das Versicherungsgericht seinerseits hatte die Aenderung der Rechtsauffassung noch nicht vollzogen.

Die betroffenen *Auslandsschweizergattinnen* müssen also heute für *Fehler büssen*, die das Bundesamt für Sozialversicherung bei der Vorbereitung der sieben zwischenstaatlichen Sozialversicherungsabkommen gemacht hat, und eine invalide Frau soll deswegen 37 000 Franken zurückerstatten.

Die Sitzung des Bundesrates

AHV für Auslandschweizerinnen, Mietzinse und Tierversuche

Gespräche zur Wirtschafts- und Währungslage

Nachträglicher AHV-Beitritt

Nach geltendem Recht ist *die Frau eines Auslandschweizers* nicht automatisch bei der AHV/IV versichert, auch wenn ihr Ehemann obligatorisch diesem Sozialwerk beizutreten hat. Ihre in der Schweiz erworbenen Versicherungsrechte kann sie daher im Ausland nur beibehalten, wenn sie der freiwilligen Versicherung für Auslandschweizer beiträgt. Obligatorisch bei der AHV/IV sind neben allen Personen mit Wohnsitz in der Schweiz auch diejenigen versichert, die in der Schweiz arbeiten, aber im Ausland wohnen oder *im Ausland für einen Schweizer Arbeitgeber tätig sind*. Unter letztere Kategorie fallen insbesondere die Beamten der Schweizer Botschaften und Konsulate, Swissair-Angestellte, Zeitungskorrespondenten usw. Viele Ehefrauen von obligatorisch versicherten Schweizer Bürgern im Ausland haben sich bisher auf Grund ungenauer oder widersprüchlicher Informationen ebenfalls als versichert betrachtet, obwohl dies nicht zutrifft. *Verschiedene Urteile des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes* bestätigen indessen diesen Sachverhalt, führten aber gleichzeitig bei etlichen Auslandschweizerinnen zu berechtigter Enttäuschung und zu Aerger.

Mit einer am Montag vom Bundesrat gutgeheissenen Gesetzesänderung, die noch der Genehmigung des Parlamentes bedarf, sollen sich nun Frauen von Auslandschweizern *ohne Rücksicht auf ihr Alter und rückwirkend* bei der AHV/IV versichern können, sofern sie im Ausland Wohnsitz haben und mit einem obligatorisch versicherten Schweizer Bürger verheiratet sind oder diese Voraussetzung früher einmal oder wiederholt erfüllt haben. Mit dem Beitritt würde die Frau rückwirkend als versichert gelten. Eine allfällige Beitragspflicht entstünde aber frühestens am 1. Januar desjenigen Jahres, in welchem der Beitritt erfolgte. Ein nachträglicher

Beitritt der Ehefrauen von Auslandschweizern ist allerdings nur während zweier Jahre nach dem Inkrafttreten der vorgeschlagenen Gesetzesänderung möglich.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 15. März 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Frage: 2. Die Kommission wünscht einen Bericht über die getroffenen oder prüfenswerten Rationalisierungsmöglichkeiten in der Organisation der Diplomatie (Einsatz moderner technischer Hilfsmittel, insbesondere Kommunikationsmittel).

Antwort: Eines der Hauptanliegen des Departements für auswärtige Angelegenheiten mit seinen über die ganze Welt verstreuten Vertretungen betrifft die Verbindungsmittel. Neue Chiffriergeräte mit automatischer Fernschreibstationen sowie der Ausbau des Botschaftsfunknetzes gestatteten eine wesentliche Erhöhung der Sicherheit und Schnelligkeit. Beim Funknetz handelt es sich um ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem EMD, wobei 1982 umfangreiche Evaluationsverfahren für die zukünftige Ausrüstung mit modernsten Geräten durchgeführt wurden. Zudem ist der Einsatz von Fernkopiergeräten im Studium und bei der Zentrale für dringende Notfälle eingerichtet.

Die durch die Datenverarbeitung eröffneten Rationalisierungsmöglichkeiten wurden weitgehend ausgenützt und befinden sich noch in weiterem Ausbau. Gegenwärtig liegt das Schwergewicht auf folgenden Gebieten: Salär- und Zulagewesen, Inventare, Personalinformationssystem, Gebäudedatei für die Objekte im Ausland. Das Departement prüft zurzeit Möglichkeiten und Auswirkungen der

- 2 -

elektronischen Verarbeitung jener Daten, welche vom Protokolldienst und der UNO-Mission in Genf über Angehörige ausländischer Missionen und internationaler Organisationen gesammelt werden. Die im Einvernehmen mit dem BFO vorgenommenen Einrichtungen umfassen ferner die Textverarbeitung, welche insbesondere bei der DEH vorangetrieben wird, aber auch im GS vorgesehen ist.

Weitere prüfungswürdige Massnahmen betreffen in erster Priorität eine neue Verbindungszentrale in Bern mit entsprechender Automatisierung. Es müsste sich um eine vollständig neue Einrichtung handeln, die insbesondere im Hinblick auf den allfälligen Beitritt der Schweiz zur UNO vordringlich würde, weil die heutigen Einrichtungen bereits voll ausgelastet sind. Platzfrage, Kredit- und Beschaffungsmodus stellen die grössten Hindernisse dar. Erwünscht sind ferner netzumfangreiche Telefonumschaltungen für den Pikettendienst des Departements.



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 15 mars 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta


Question: 2. La commission désire obtenir un rapport concernant les possibilités de rationalisation effectuées ou à l'examen dans le domaine de l'organisation de la diplomatie (emploi de moyens techniques, en particulier de moyens de communication).

Réponse: Une des préoccupations majeures du Département fédéral des affaires étrangères, dont les représentations sont réparties dans le monde entier, concerne les moyens de communication. Les nouveaux appareils à chiffrer avec stations de télex automatiques, ainsi que l'extension du réseau des ambassades reliées par radio, permettent une amélioration importante de la sécurité et de la rapidité. En ce qui concerne le réseau radio, il s'agit d'une entreprise commune avec le DMF; en 1962, une vaste procédure d'évaluation a été réalisée pour l'équipement futur avec des appareils des plus modernes. En outre, la mise en service de télécopieurs, déjà en fonction à la centrale pour les cas urgents, est à l'étude.

Les possibilités de rationalisation offertes par le système de traitement de texte ont été largement utilisées et peuvent encore être développées. Actuellement, l'accent principal est mis sur les points suivants: salaires et indemnités, inventaires, système d'information du personnel, données sur les objets immobiliers à l'étranger. Le Département

étudie maintenant quelles seraient les possibilités et les conséquences du traitement électronique des données récoltées par le Service du protocole et la Mission ONU à Genève sur les membres des missions étrangères et des organisations internationales. Les dispositions prises d'entente avec l'OFO comprennent en outre le traitement de texte, qui se trouve dans un état particulièrement avancé à la DDA, mais qui est aussi prévu au S.G.

D'autres mesures dignes d'être étudiées concernent en première priorité une nouvelle centrale automatique de communication à Berne. En vue de l'éventuelle adhésion de la Suisse à l'ONU, la priorité devrait être donnée à une installation totalement neuve, car l'actuelle est déjà surchargée. La question de l'emplacement, le mode de crédit et d'acquisition représentent les principaux obstacles. Une installation téléphonique avec possibilité de déviation sur l'ensemble du réseau suisse serait en outre souhaitable pour le service de piquet du Département.


 CONFÉDÉRATION SUISSE
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Bern, den 15. März 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Frage: 3. Zusammenarbeit der schweizerischen Botschaften mit der Zentrale für Handelsförderung: Welche Kontakte bestanden im vergangenen Jahr zwischen unsern Botschaften bzw. ihren Handelsattachés und der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung? Brachte die Zusammenarbeit einen spürbaren Beitrag zur Erschliessung von Handelsmärkten?

Antwort: Zunächst ist festzuhalten, dass die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung über kein eigenes Agentennetz im Ausland verfügt. Diese Aufgabe wird durch die Wirtschaftsdienste der schweizerischen Botschaften und Konsulate wahrgenommen, weshalb ihre Zusammenarbeit mit der Zentrale für Handelsförderung eine Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit darstellt. In der Regel wickelt sich der Verkehr zwischen Zentrale für Handelsförderung und Aussenposten direkt ab. Die Zentrale für Handelsförderung hat aber den Aussenposten gegenüber kein Weisungsrecht, weshalb in gewissen Fällen das Departement für auswärtige Angelegenheiten oder das Bundesamt für Aussenwirtschaft zwischengeschaltet werden müssen.

Hauptaufgabe der Botschaften und Konsulate gegenüber der Zentrale für Handelsförderung ist wirtschaftliche Information, sei sie allgemeiner Natur oder interessiere sie spezifisch gewisse Branchen oder Unternehmen. Die Aussenposten sind der Zentrale für Handelsförderung auch bei anderen Aufgaben behilflich, so bei Messen, Ausstellungen und Symposien, wo sie insbesondere vorbereitende Arbeit zu leisten haben und, wo dies der Fall ist, als Vertreter der offiziellen Schweiz mitwirken. Ferner bei den sog. Mandatsreisen, welche Delegierte

- 2 -

der Zentrale für Handelsförderung im Ausland im Auftrag schweizerischer Exportunternehmen durchführen, wobei sie auf die logistische Unterstützung und die spezifischen Landeskenntnisse der Aussenposten angewiesen sind. Regelmässig organisiert schliesslich die Zentrale für Handelsförderung sog. Informationstagungen, in deren Rahmen Vertreter der schweizerischen Botschaften und Konsulate in der Schweiz Exportunternehmen über Geschäftsmöglichkeiten in ihrem Gastland orientieren. Bei der Erörterung der Zusammenarbeit zwischen Botschaften und Konsulaten einerseits und der Zentrale für Handelsförderung andererseits kann schliesslich die Rolle der schweizerischen Handelskammern im Ausland nicht unerwähnt bleiben. In denjenigen Ländern, wo solche bestehen, übernehmen sie in der Regel die an sich den Botschaften und Konsulaten zufallenden kommerziellen Aufgaben, und sie treten hinsichtlich dieser Aufgaben und Funktionen im Zusammenhang mit der Kooperation mit der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung an die Stelle der diplomatischen und konsularischen Aussenposten.

Es gehört zu den Aufgaben des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten wie auch des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, laufend für eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Zentrale für Handelsförderung und den Aussenposten im Sinne der Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse und Bedürfnisse besorgt zu sein. Die diesbezüglichen Kontakte zwischen den erwähnten Instanzen sind sehr rege und intensiv.

(Diese Antwort wurde gemeinsam mit dem EVD, dem die selbe Frage gestellt worden war, verfasst.)



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
 FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 15 mars 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
 Prière de rappeler cette référence dans la réponse
 Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

Question: 3. Coopération entre les ambassades suisses et l'Office suisse d'expansion commerciale:
 Quels ont été, pendant l'année écoulée, les contacts entre nos ambassades (attachés commerciaux) et l'Office suisse d'expansion commerciale ? La coopération a-t-elle contribué à l'ouverture de nouveaux marchés ?

Réponse: Tout d'abord, il convient de relever que l'Office suisse d'expansion commerciale (OSEC) ne dispose pas de son propre réseau d'agents à l'étranger. Cette fonction est assurée par nos représentations officielles, en particulier nos agents diplomatiques et consulaires chargés des affaires économiques et commerciales. Dans ces conditions, la collaboration entre l'OSEC et nos postes à l'étranger constitue non seulement une nécessité mais également une évidence. Les contacts sont en général assurés directement. Dans certains cas, il peuvent avoir lieu par l'intermédiaire de l'Administration fédérale, à savoir le Secrétariat général du DPAE ou l'Office fédéral des affaires économiques extérieures du DPEP.

Nos postes sont, pour l'OSEC, une source continue d'informations économiques et commerciales, d'intérêt général ou destinées plus particulièrement à des branches ou à des entreprises.

./.

En collaboration avec l'OSEC, ils effectuent diverses autres tâches, notamment dans le domaine des foires et expositions, et prêtent leur soutien aux efforts de promotion de nos exportateurs.

Par ailleurs, nos représentants officiels ont de nombreux contacts personnels avec l'OSEC soit sur place lors de voyages de délégués dudit Office, soit en Suisse à l'occasion des entrevues d'information organisées périodiquement pour les entreprises suisses. Les séminaires de Spiez, destinés à la formation professionnelle continue de notre personnel diplomatique et consulaire, offrent encore d'autres possibilités de contacts.

Dans la discussion de la coopération entre les ambassades et consulats d'un côté, et l'OSEC de l'autre, il faut également mentionner le rôle des Chambres de commerce suisses à l'étranger. Dans les pays où il y en a, ces Chambres sont chargées en général des tâches commerciales qui autrement incomberaient aux ambassades et aux consulats et dans ces cas elles se substituent à ceux-ci en ce qui concerne la coopération avec l'OSEC.

Une des tâches du DPAE ainsi que de l'OPAEE est de veiller à ce que la coopération entre l'OSEC et les missions diplomatiques et consulaires à l'étranger soit optimale et adaptée aux besoins des circonstances. Les contacts entre les services concernés à ce sujet sont très étroits et fréquents.

(Cette réponse a été élaborée conjointement avec le DPEP à qui la même question a été posée).

Frage 1

Zusammenarbeit der schweizerischen Botschaften mit der Zentrale für Handelsförderung: Welche Kontakte bestanden im vergangenen Jahr zwischen unsern Botschaften bzw. ihrer Handelsattachés und der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung ? Brachte die Zusammenarbeit einen spürbaren Beitrag zur Erschliessung von Handelsmärkten ?

Antwort

Zunächst ist festzuhalten, dass die Schweizerische Zentrale für Handelsförderung über kein eigenes Agentennetz im Ausland verfügt. Diese Aufgabe wird durch die Wirtschaftsdienste der schweizerischen Botschaften und Konsulate wahrgenommen, weshalb ihre Zusammenarbeit mit der Zentrale für Handelsförderung eine Selbstverständlichkeit und Notwendigkeit darstellt. In der Regel wickelt sich der Verkehr zwischen Zentrale für Handelsförderung und Aussenposten direkt ab. Die Zentrale für Handelsförderung hat aber den Aussenposten gegenüber kein Weisungsrecht, weshalb in gewissen Fällen das Departement für auswärtige Angelegenheiten oder das Bundesamt für Aussenwirtschaft zwischengeschaltet werden müssen.

Hauptaufgabe der Botschaften und Konsulate gegenüber der Zentrale für Handelsförderung ist wirtschaftliche Information, sei sie allgemeiner Natur oder interessiere sie spezifisch gewisse Branchen oder Unternehmen. Die Aussenposten sind der Zentrale für Handelsförderung auch bei anderen Aufgaben behilflich, so bei Messen, Ausstellungen und Symposien, wo sie insbesondere vorbereitende Arbeit zu leisten haben und, wo dies der Fall ist, als Vertreter der offiziellen Schweiz mitwirken. Ferner bei den sog. Mandatsreisen, welche Delegierte der Zentrale für Handelsförderung im Ausland im Auftrag schweizerischer Exportunternehmen durchführen, wobei sie auf die logistische Unterstützung und die spezifischen Landeskenntnisse der Aussenposten angewiesen sind. Regelmässig organisiert schliesslich die Zentrale für Handelsförderung sog. Informationstagungen, in deren Rahmen Vertreter der schweizerischen Botschaften und Konsulate in der Schweiz Exportunternehmen über Geschäftsmöglichkeiten in ihrem Gastland orientieren. Bei der Erörterung der Zusammenarbeit zwischen Botschaften und Konsulaten einerseits und der Zentrale für Handelsförderung andererseits kann

schliesslich die Rolle der schweizerischen Handelskammern im Ausland nicht unerwähnt bleiben. In denjenigen Ländern, wo solche bestehen, übernehmen sie die an sich den Botschaften und Konsulaten anfallenden kommerziellen Aufgaben, und sie treten hinsichtlich der erwähnten Aufgaben und Funktionen im Zusammenhang mit der Kooperation mit der Schweizerischen Zentrale für Handelsförderung an die Stelle der diplomatischen und konsularischen Aussenposten.

Es gehört zu den Aufgaben des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten wie auch des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, laufend für eine optimale Zusammenarbeit zwischen der Zentrale für Handelsförderung und den Aussenposten im Sinne der Anpassung an die jeweiligen Verhältnisse und Bedürfnisse besorgt zu sein. Die diesbezüglichen Kontakte zwischen den erwähnten Instanzen sind sehr rege und intensiv.

EIDGENOESSISCHES DEPARTEMENT FUER
AUSWAERTIGE ANGELEGENHEITEN

WIRTSCHAFTS- UND EXPORTFOERDERUNGSSEMINAR

SPIEZ - 27. Juni bis 1. Juli 1983

<u>Eröffnung</u>	Botschafter A. Glesti, Generalsekretär des EDA
<u>Vorsitz</u>	Botschafter Ph. Lévy, Bundesamt für Aussenwirtschaft
<u>Programm</u>	Herr M. Jaeger, Chef der Sektion Exportförderung, BAWI
<u>Organisation und Seminarbericht</u>	Herr P. Friederich, Chef der Sektion Rekrutierung und Ausbildung des Personals, Generalsekretariat EDA
<u>Sekretariat</u>	Frl. D. Kohler, Tel. 031 / 61 32 54
<u>Seminarunterlagen</u>	Soweit sie den Teilnehmern nicht vorher zugestellt wer- den, gelangen sie während des Seminars zur Verteilung.
<u>Ort und Unterkunft</u>	Hotel Belvédère, Schachenstrasse 39, 3700 Spiez, Einzelzimmer
<u>Telefon</u>	Hotel Belvédère: 033 / 54 33 33 Telefonanrufe werden im Interesse eines ungestörten Kursablaufes nur in den Pausen ausgerichtet.
<u>Kosten</u>	Die Teilnehmer haben eine Dienstreiseabrechnung ein- zureichen. Es werden folgende Entschädigungen aus- gerichtet: <ul style="list-style-type: none"> - Pensionskosten für 4 1/2 Tage (ohne Getränke) Fr. 360.-- pauschal - Vergütung für weitere Auslagen Fr. 15.-- pro Tag, Fr. 7.50 pro Halbtage - allfällige Entschädigungen für das Morgenessen am Tage der Anreise sowie das Nachtessen am Tage der Rückreise gemäss BO (3). <p>Die Hotelrechnung ist von den Teilnehmern am letzten Tag gegen Quittung zu begleichen.</p>
<u>Anreise</u>	Grundsätzlich per Bahn unter Verwendung der beilie- genden Tagesstreckenkarte.

- 2 -

Die Reise per Privatauto erfolgt auf eigenes Risiko und wird mit dem halben Preis des entsprechenden Bahnbillets (Grenze oder Ferienort in der Schweiz - Spiez) vergütet.

Die Tagesstreckenkarten, auch die unbenötigten, müssen zu Beginn des Seminars dem Sekretariat zurückgegeben werden.

a.254.313 - FI/bgt
Berne, 16. Mai 1983

Liste des participants au séminaire d'économie SPIEZ 1983

27 juin - 1er juillet

<u>Nom et prénom</u>	<u>Classe trait.</u>	<u>Année naiss.</u>	<u>Poste</u>	<u>Fonction</u>
BALLMER Werner	7e	1944	Berne- <u>Melbourne</u>	Assistant consulaire/ Vice-consul
BOSSHART Roland	7e	1937	Tokio	Assistant commercial
CHRISTEN Viktor	5e	1947	Nairobi	Ier collaborateur IIIe Secrét. d'Amb.
CRZANOVSKI Pierre	4e	1946	Madrid	IIe Secrét. d'Amb. Affaires économiques
COUSIN Francis	5e	1944	Addis Abeba	Ier collaborateur Chef de chancellerie
DIETHELM Rudolf	7e	1945	Istanbul	Kanzler
DOVÉ Hans-Jürg	7e	1947	Hambourg- <u>Sydney</u>	Kanzler Vice-consul
EQUEY Bernard	4e	1934	Berne- <u>Malaga</u>	Collaborateur consul.
HELLER Max	5e	1940	New-Delhi	Attaché d'Ambassade Chef de chancellerie
HILBER Rudolf	4e	1935	Mexico- <u>New York</u>	IIe Secrét. d'Ambassade Affaires commerciales
IMHOOF Rodolphe	3e	1947	Beijing	Ier Secrét. d'Ambassade
KAMMER Jean-François	4e	1946	Moscou	IIe Secrétaire d'Amb. Affaires économiques
KUEHNI Fritz	5e	1948	Berne- <u>Islamabad.</u>	Collaborateur consul.
MEYLAN Anne	4e	1942	Bruxelles/ Ambassade	Ière collaboratrice IIe Secrét. d'Amb.

<u>Nom et prénom</u>	<u>Classe trait.</u>	<u>Année naiss.</u>	<u>Poste</u>	<u>Fonction</u>
MUEHLETHALER Christian	5e	1947	Djeddah	Attaché commercial IIIe Secrét. d'Amb.
NELLEN Stephan	4e	1948	New Delhi	IIe Secrét. d'Amb. Affaires économiques
PIZZOTTI Roger	3e	1922	Milan	Consul
REICH Robert	3e	1950	Lisbonne	Ier Secrét. d'Amb.
RENGGLI Leo	3e	1933	Abou Dhabi	Chargé d'aff. a.i.
SCMID Wilhelm	3e	1941	Vienne	Ier Secrét. d'Amb.
STREULI Jürg	2e	1945	Paris/ Ambassade	Conseiller économique
SUNIER Ernest	2e	1924	Berne	Chef Inspectorat
VOGLER Peter	3e	1949	Washington	Ier Secrét. d'Amb. Affaires économiques
WENGER Robert	4e	1937	Alger	Ier collaborateur IIe Secrét. d'Amb.
WIRTH Erich	5e	1938	Wellington	Ier collaborateur Chef de chancellerie
WYSS Kurt	2e	1939	Mexico	Conseiller d'Amb. Ier collaborateur

9. Dezember 1982

Jg/wm - 225.1

BAWI

Spiezer Seminar 1983

1. Leitgedanken

Das schweizerische Exportförderungssystem beruht auf dem Milizgedanken, also einem Minimum an staatlichen Institutionen, die eng mit der Privatwirtschaft zusammenarbeiten. Im Hinblick auf die sich auch in der Schweiz verschärfende Rezession muss das in diesem Milizsystem liegende Potential noch weiter ausgeschöpft werden, wobei den schweizerischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen als den einzigen staatlichen Exportförderungsstellen im Ausland besondere Bedeutung zukommt. Die Wirtschaftslage erfordert deren Einsatz auf allen Ebenen, und es sollte vermehrt darauf geachtet werden, dass die Wirtschaftsdienste der Aussenvertretungen mit Vorrang Fragen behandeln, welche der schweizerischen Exportwirtschaft, sei es allgemein, sei es einzelnen Branchen oder Unternehmen, möglichst kurzfristig praktischen und konkreten Nutzen bringen. In diesem Sinne umfasst Exportförderung ausser der operationellen Unterstützung von Exportgeschäften auch die allgemeine Information über die wirtschaftliche Situation unserer Exportmärkte, die möglichst marketingbezogen sein sollte. Exportförderung ist also nicht nur eine Angelegenheit der sogenannten Mikroökonomie.

2. Adressaten des Seminars

Das Seminar richtet sich auf der Seite der Verwaltung an das für die Behandlung der Wirtschaft und Handelsangelegenheiten verantwortliche Botschafts- und Konsularpersonal, in erster Linie an diejenigen Beamten, welche bei ungewöhnlichen und schwierigen Fällen den Entscheid zu treffen haben. Ihre Erfahrung und ihre Kenntnisse von solchen besonderen Fällen ist eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Seminars.

Eingeladen ist auch Botschafts- und Konsularpersonal, das sich auf dem Gebiet der praktischen Exportförderung ausbilden lassen möchte, darin jedoch noch nie tätig war. Solche Anmeldungen werden je nach den zur Verfügung stehenden Plätzen berücksichtigt, da es in erster Linie um einen Erfahrungsaustausch geht.

3. Zweck des Seminars

Die Zwecksetzung des Seminars ist dreifach:

- a) Es ist in erster Linie ein Wiederholungskurs für Praktiker, die mit den neuen Gegebenheiten vertraut gemacht werden sollen und die dank ihrer Erfahrung zu einer Verbesserung der Exportförderung durch die Aussenposten beitragen können.
- b) In zweiter Linie und wie erwähnt, im Rahmen des Möglichen, dient das Seminar der Ausbildung von Anwärtern für die Tätigkeit in der praktischen Exportförderung.
- c) Das Seminar will die praktische Exportförderung nicht beschränkt auf administrativ-kommerzielle Einzelfragen, sondern als den lebendigen Teil der allgemeinen Exportproblematik präsentieren.

4. Thematik

Das Seminar konzentriert sich auf die folgenden Themenkreise:

- a) allgemeine Lage der schweizerischen Exportwirtschaft, strukturelle Probleme, Fragen der Anpassung, Aussichten für die Zukunft (unter Beizug von prominenten Experten aus Verwaltung und eventuell, der Wissenschaft).
- b) Situation und Probleme der kleinen und mittleren Unternehmen hinsichtlich des Exports.
- c) Fragen betreffend das Instrumentarium der Exportförderung (Information, Vertretervermittlung, Mandatsreisen, lokale Handelsassistenten, Handelskammern im Ausland, internationale Ausschreibungen usw.).
(Probleme der ERG werden separat behandelt).

5. Beiträge der Teilnehmer der Aussenposten

Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die Voten des Botschafts- und Konsularpersonals zu wenig spezifisch waren und nicht wie gewünscht den Charakter einer "case study" hatten. Von zu generellen und daher am Zweck des Seminars vorbeigehenden Erklärungen sollte abgesehen werden. Wir möchten die Teilnehmer am Seminar daher bitten, uns in Stichworten bis 15. Februar mitzuteilen, worüber sie referieren können und wollen. Jeder Teilnehmer sollte zwei Referate von je 10 Minuten vorbereiten, und zwar über die folgenden Gegenstände:

- a) Mitteilung über eine konkrete Erfahrung mit kleinen und mittleren Unternehmen, unter Angabe der Branche. Die Darstellung sollte einen oder zwei Fälle im Sinne einer Fallstudie präsentieren, welche sich im Hinblick auf den Erfahrungsaustausch für die Diskussion eignen und aus welchen für die Zukunft Lehren gezogen werden können.
- b) Mitteilung über Erfahrungen mit dem unter Ziffer 1 erwähnten Exportförderungsinstrumentarium (z.B. Mandatsreisen, Vertretervermittlung), auch dies im Sinne von Fallstudien.

Aufgrund solcher Referatsvorschläge - wir wiederholen, dass wir lediglich Stichworte über Inhalt und Rahmen erwarten - wird versucht, entsprechende Vertreter aus der Wirtschaft im Hinblick auf eine fruchtbringende Diskussion zu gewinnen.

6. Anregungen

Vorschläge und Anregungen der Teilnehmer im Hinblick auf die Durchführung des Seminars sind willkommen und werden nach Möglichkeit berücksichtigt.

Bern, den 15. März 1983

Frage 4 Zur Behandlung einer Aufsichtseingabe von Herrn Ludwig A. Minelli, Forch, betreffend den Freiheitsentzug an den sowjetischen Internierten in der Schweiz wünscht die Kommission eine Stellungnahme des Departementes zu den von Herrn Minelli in seinem Briefwechsel mit Botschafter Brunner erhobenen Rechtsfragen. Insbesondere interessiert die Auffassung des Departementes zur Behauptung, das Genfer Abkommen über die Kriegsgefangenen bilde keine Grundlage für den Freiheitsentzug. Eine solche müsse in Friedenszeiten vielmehr in der Form eines formellen Gesetzes geschaffen werden.

- Antwort 1. Herr Minelli ist mit Fragen an das Departement herangetreten, die ihm beantwortet worden sind. Diesen Antworten ist nichts beizufügen. Das Departement ist aber gerne bereit, der Geschäftsprüfungskommission gegenüber im Einzelnen die rechtlichen Aspekte der Internierung sowjetischer Soldaten in der Schweiz darzulegen.
2. Die von der Geschäftsprüfungskommission gestellten Fragen sind in ihrem Gesamtzusammenhang zu sehen.
- a) Zunächst ist daran zu erinnern, dass den in der Schweiz internierten Sowjetsoldaten die Freiheit in Afghanistan entzogen worden ist, also bevor sie in die Schweiz gebracht wurden.
- b) In Afghanistan ist nach wie vor ein bewaffneter Konflikt im Gange. Die jetzt in der Schweiz internierten Sowjetsoldaten waren dort eingesetzt und wurden von afghanischen Widerstandsbewegungen gefangengenommen.
- c) Die Frage, ob der bewaffnete Konflikt internationaler oder nicht-internationaler Natur ist, braucht hier nicht entschieden zu werden. Handelt es sich um einen internationalen bewaffneten Konflikt, ist, neben anderen Verträgen, das 3. Genfer Abkommen vom 12. August 1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen direkt anwendbar. Handelt es sich um einen nicht-internationalen Konflikt, können die Konfliktparteien jederzeit übereinkommen, das Abkommen ganz oder teilweise anzuwenden.

- d) Das 3. Abkommen sieht die Internierung von Soldaten, die den Konfliktparteien angehören, in einem neutralen Land vor. Dieses Rechtsinstitut der Internierung war schon im 3. Abkommen in der Fassung vom 27. Juli 1929 enthalten und hat es der Schweiz ermöglicht, während dem 2. Weltkrieg Soldaten in der Schweiz zu internieren. Gegenüber der Fassung von 1929 ist an der Fassung von 1949 neu, dass ausdrücklich Verfahren vorgesehen werden, welche die Internierung ermöglichen sollen. Wie Antonino Janner in seiner Abhandlung "La Puissance protectrice en Droit international" (2. Aufl., Basel 1972, S. 58) zu Recht festhält, ist es - wie es vorgekommen ist - den Konfliktparteien unbenommen, vertraglich die Internierung auszuschliessen.
- e) Die Internierung in einem neutralen Land bedeutet aber gerade, dass das internierende Land nicht im Kriegszustand ist, da es ja dann nicht mehr neutral wäre. Es ist deshalb nicht einzusehen, wieso in der Schweiz in Friedenszeiten spezielle Vorschriften für die Anwendung eines Teils des 3. Abkommens geschaffen werden müssten, da eine Internierung in diesem Sinne in der Schweiz nicht erfolgen kann, wenn sie nicht mehr neutral ist. Die Schweiz war während des 2. Weltkrieges neutral und hat die Internierungen ohne derartige Spezialvorschriften vorgenommen.
- f) Berechtigt ist jedoch die Frage, ob nicht die für die Schweiz seither in Kraft getretene Europäische Menschenrechtskonvention (Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten) dem nach wie vor direkt anzuwendenden 3. Genfer Abkommen entgegensteht. Es wird nicht bestritten, dass die Menschenrechtskonvention auf die in der Schweiz internierten Sowjetsoldaten anwendbar ist. Sie fordert, was hier interessiert, dass einer Person die Freiheit nur in den in Artikel 5 (s. Beilage) aufgezählten Fällen entzogen wird, wobei generell die Idee gilt, dass ein Richter über den Freiheitsentzug zu entscheiden hat.

g) Diese Bestimmung kann aber nicht isoliert gelesen werden. Zum einen gilt es zu beachten, dass im Falle der Sowjetinternierten der Freiheitsentzug in der Schweiz andauert - gefangengenommen worden sind sie in Afghanistan. Zum anderen sieht dieselbe Menschenrechtskonvention in Artikel 60 folgendes vor:

"Keine Bestimmung dieser Konvention darf als Beschränkung oder Minderung eines der Menschenrechte und Grundfreiheiten ausgelegt werden, die in den Gesetzen eines Hohen Vertragsschliessenden Teils oder einer anderen Vereinbarung, an der er beteiligt ist, festgelegt sind."

Es steht ausser Zweifel, dass die Menschenrechte eines im Verlaufe des bewaffneten Konfliktes in Afghanistan gefangenen Soldaten besser geschützt sind, wenn er in den Genuss der Internierung in einem neutralen Staat, also der Schweiz zukommt.

h) Denn von den völkerrechtlichen Abkommen schützt gerade das 3. Genfer Abkommen das Leben der Kriegsgefangenen. Sind sie interniert, verlangt die Konvention überdies vorab die für sie günstige Anwendung des Disziplinarrechts. Diesem Grundsatz kommt die schweizerische Militärjustiz, die sich in einigen Fällen mit den Sowjetinternierten zu befassen hatte, in vorbildlicher Weise nach. Militär Richter sind in der Schweiz unabhängige Richter.

3. Damit ergibt sich, dass die Menschenrechte der Sowjetinternierten in der Schweiz voll respektiert sind. Zudem ist eine Ergänzung der innerstaatlichen schweizerischen Rechtsordnung im Zusammenhang mit der Durchführung von Internierung Kriegsgefangener keineswegs notwendig.

4. Zur Frage schliesslich, ob im vorliegenden Fall auf eine Aufsichtsbeschwerde geantwortet wird und wer gegebenenfalls zu deren Behandlung zuständig ist, will sich das Departement nicht äussern.

KONVENTION
zum Schutze der Menschenrechte
und Grundfreiheiten

0.101

Artikel 5

1. Jedermann hat ein Recht auf Freiheit und Sicherheit. Die Freiheit darf einem Menschen nur in den folgenden Fällen und nur auf die gesetzlich vorgeschriebene Weise entzogen werden:

- a) wenn er rechtmässig nach Verurteilung durch ein zuständiges Gericht in Haft gehalten wird;
- b) wenn er rechtmässig festgenommen worden ist oder in Haft gehalten wird wegen Nichtbefolgung eines rechtmässigen Gerichtsbeschlusses oder zur Erzwingung der Erfüllung einer durch das Gesetz vorgeschriebenen Verpflichtung;
- c) wenn er rechtmässig festgenommen worden ist oder in Haft gehalten wird zum Zwecke seiner Vorführung vor die zuständige Gerichtsbehörde, sofern hinreichender Verdacht dafür besteht, dass der Betreffende eine strafbare Handlung begangen hat, oder begründeter Anlass zu der Annahme besteht, dass es notwendig ist, den Betreffenden an der Begehung einer strafbaren Handlung oder an der Flucht nach Begehung einer solchen zu hindern;
- d) wenn es sich um die rechtmässige Haft eines Minderjährigen handelt, die zum Zwecke überwachter Erziehung angeordnet ist, oder um die rechtmässige Haft eines solchen, die zum Zwecke seiner Vorführung vor die zuständige Behörde verhängt ist;
- e) wenn er sich in rechtmässiger Haft befindet, weil er eine Gefahrenquelle für die Ausbreitung ansteckender Krankheiten bildet, oder weil er geisteskrank, Alkoholiker, rauschgiftsüchtig oder Landstreicher ist;
- f) wenn er rechtmässig festgenommen worden ist oder in Haft gehalten wird, um ihn daran zu hindern, unberechtigt in das Staatsgebiet einzudringen oder weil er von einem gegen ihn schwebenden Ausweisungs- oder Auslieferungsverfahren betroffen ist.

2. Jeder Festgenommene muss in möglichst kurzer Frist und in einer ihm verständlichen Sprache über die Gründe seiner Festnahme und über die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen unterrichtet werden.

3. Jede nach der Vorschrift des Absatzes 1 c dieses Artikels festgenommene oder in Haft gehaltene Person muss unverzüglich einem Richter oder einem andern, gesetzlich zur Ausübung richterlicher Funktionen ermächtigten Beamten vorgeführt werden. Er hat Anspruch auf Aburteilung innerhalb einer angemessenen Frist oder auf Haftentlassung während des Verfahrens. Die Freilassung kann von der Leistung einer Sicherheit für das Erscheinen vor Gericht abhängig gemacht werden.

4. Jedermann, dem seine Freiheit durch Festnahme oder Haft entzogen wird, hat das Recht, ein Verfahren zu beantragen, in dem von einem Gericht raschmöglichst über die Rechtmässigkeit der Haft entschieden wird und im Falle der Widerrechtlichkeit seine Entlassung angeordnet wird.

5. Jeder, der entgegen den Bestimmungen dieses Artikels von Festnahme oder Haft betroffen worden ist, hat Anspruch auf Schadenersatz.

Berne, le 15 mars 1983

Question 4

Afin de traiter la requête de M. Ludwig A. Minelli de Froch, concernant la privation de liberté des internés soviétiques en Suisse, la Commission désire connaître l'avis du Département concernant les problèmes juridiques soulevés par M. Minelli dans ses échanges de correspondance avec l'Ambassadeur Brunner. L'avis du Département sur l'affirmation émise par le requérant, selon laquelle la Convention de Genève sur les prisonniers de guerre ne constitue pas une base de privation de liberté, nous intéresse tout particulièrement. En temps de paix, il y aurait plutôt lieu de créer une loi formelle.

Réponse :

1. M. Minelli a posé au Département des questions auxquelles celui-ci a répondu. Le Département n'a rien à ajouter à ces réponses. Il est néanmoins disposé à exposer en détail à la Commission de gestion les aspects juridiques de l'internement de soldats soviétiques en Suisse.
2. Les questions posées par la Commission de gestion doivent faire l'objet d'un examen d'ensemble.
 - a) Il convient de rappeler avant toute chose que les soldats soviétiques internés en Suisse ont été privés de leur liberté en Afghanistan, soit avant leur transfert en Suisse.
 - b) A cette époque - comme maintenant - l'Afghanistan était en proie à un conflit armé. Les soldats soviétiques actuellement internés en Suisse se trouvaient engagés dans ce conflit lorsqu'ils ont été faits prisonniers par des mouvements de la résistance afghane.
 - c) Il n'y a pas lieu de trancher ici la question de savoir si le conflit armé afghan est de caractère international ou non international. S'il doit être considéré comme un conflit armé international, la IIIe Convention de Genève du 12 août 1949, relative au traitement des prisonniers de guerre, est directement applicable en sus d'autres traités. S'agit-il au contraire d'un conflit armé non international, les parties au conflit pourraient en tout temps convenir d'appliquer tout ou partie des dispositions de cette Convention.

- 2 -

- d) La IIIe Convention de Genève prévoit l'internement en pays neutre de soldats appartenant aux parties au conflit. Cette institution juridique de l'internement figurait déjà dans la IIIe Convention de Genève du 27 juillet 1929. C'est ainsi que, pendant la seconde guerre mondiale, la Suisse a pu interner sur son territoire des soldats appartenant aux forces armées des belligérants. La IIIe Convention de Genève de 1949 innove par rapport à la version de 1929 en ce qu'elle règle expressément les procédures selon lesquelles l'internement peut se réaliser. Feu l'Ambassadeur Antonino Janner relevait, à juste titre, dans sa publication intitulée " La Puissance protectrice en Droit international " (2e édition, Bâle 1972, p. 58), qu'il est loisible aux parties au conflit de conclure un accord pour exclure l'internement - comme cela est d'ailleurs arrivé.
- e) L'internement en pays neutre suppose précisément que l'Etat auquel des soldats sont confiés pour être internés ne se trouve pas lui-même en état de guerre, sans quoi il ne serait plus neutre. Aussi ne voit-on pas pourquoi il faudrait établir en Suisse, en temps de paix, des dispositions spéciales pour la mise en oeuvre d'une partie de la IIIe Convention de Genève puisque, tel qu'il est prévu par cette Convention, l'internement ne pourrait pas avoir lieu dans notre pays, si celui-ci n'était pas neutre. La Suisse était neutre, pendant la seconde guerre mondiale, et elle n'a pas eu besoin de dispositions spéciales de ce genre pour interner des membres des forces armées des parties au conflit.
- f) En revanche, il est légitime de se demander si la IIIe Convention de Genève, qui est et demeure directement applicable, est compatible avec la Convention européenne des droits de l'homme (Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales), à laquelle la Suisse est aussi devenue partie depuis lors. La Convention européenne des droits de l'homme est,

sans conteste, applicable aux soldats soviétiques internés en Suisse. Son article 5, ci-annexé, énonce limitativement les cas dans lesquels une personne peut être privée de sa liberté et prescrit d'une manière générale qu'un juge doit se prononcer sur la privation de liberté.

- g) Toutefois, cette disposition ne doit pas être lue isolément. D'une part, il convient de remarquer que dans le cas des internés soviétiques, la privation de liberté n'a pas son origine en Suisse; c'est en Afghanistan qu'ils ont été faits prisonniers. D'autre part, la Convention européenne des droits de l'homme prévoit elle-même, en son article 60, que

"Aucune des dispositions de la présente Convention ne sera interprétée comme limitant ou portant atteinte aux droits de l'homme et aux libertés fondamentales qui pourraient être reconnus conformément aux lois de toute Partie contractante et à toute autre Convention à laquelle cette Partie contractante est partie."

Il ne fait aucun doute qu'un soldat capturé en Afghanistan voit ses droits fondamentaux mieux protégés s'il a la chance d'être interné dans un pays neutre, dans le cas particulier en Suisse.

- h) En effet, parmi les traités internationaux qui leur sont applicables, seule la IIIe Convention de Genève protège la vie des prisonniers de guerre. Cette Convention prescrit en outre à la puissance détentricice de recourir de préférence, en cas d'infraction, aux règles plus favorables du droit disciplinaire. La justice militaire suisse, qui a eu affaire quelques fois avec certains des internés soviétiques, se conforme, de manière exemplaire, à ce principe. Les juges militaires sont en Suisse des juges indépendants.
3. Il découle de ce qui précède que les droits fondamentaux des soldats soviétiques internés en Suisse sont pleinement respectés. En outre, il n'est aucunement nécessaire de compléter l'ordre juridique suisse pour permettre l'internement de prisonniers de guerre dans notre pays.

- 4 -

4. Enfin, le Département n'a pas à prendre position sur la question de savoir si, dans le cas précis, suite est donnée à une dénonciation à l'autorité de surveillance et qui est compétent, le cas échéant, pour y répondre.

Annexe : texte de l'article 5 de la Convention des droits de l'homme

Article 5

1. Toute personne a droit à la liberté et à la sûreté. Nul ne peut être privé de sa liberté, sauf dans les cas suivants et selon les voies légales :
 - a. s'il est détenu régulièrement après condamnation par un tribunal compétent ;
 - b. s'il a fait l'objet d'une arrestation ou d'une détention régulières pour insoumission à une ordonnance rendue, conformément à la loi, par un tribunal ou en vue de garantir l'exécution d'une obligation prescrite par la loi ;
 - c. s'il a été arrêté et détenu en vue d'être conduit devant l'autorité judiciaire compétente, lorsqu'il y a des raisons plausibles de soupçonner qu'il a commis une infraction ou qu'il y a des motifs raisonnables de croire à la nécessité de l'empêcher de commettre une infraction ou de s'enfuir après l'accomplissement de celle-ci ;
 - d. s'il s'agit de la détention régulière d'un mineur, décidée pour son éducation surveillée ou de sa détention régulière, afin de le traduire devant l'autorité compétente ;
 - e. s'il s'agit de la détention régulière d'une personne susceptible de propager une maladie contagieuse, d'un aliéné, d'un alcoolique, d'un toxicomane ou d'un vagabond ;
 - f. s'il s'agit de l'arrestation ou de la détention régulières d'une personne pour l'empêcher de pénétrer irrégulièrement dans le territoire, ou contre laquelle une procédure d'expulsion ou d'extradition est en cours.
2. Toute personne arrêtée doit être informée, dans le plus court délai et dans une langue qu'elle comprend, des raisons de son arrestation et de toute accusation portée contre elle.
3. Toute personne arrêtée ou détenue, dans les conditions prévues au paragraphe 1. c. du présent article, doit être aussitôt traduite devant un juge ou un autre magistrat habilité par la loi à exercer des fonctions judiciaires et a le droit d'être jugée dans un délai raisonnable, ou libérée pendant la procédure. La mise en liberté peut être subordonnée à une garantie assurant la comparution de l'intéressé à l'audience.
4. Toute personne privée de sa liberté par arrestation ou détention a le droit d'introduire un recours devant un tribunal, afin qu'il statue à bref délai sur la légalité de sa détention et ordonne sa libération si la détention est illégale.
5. Toute personne victime d'une arrestation ou d'une détention dans des conditions contraires aux dispositions de cet article a droit à réparation.

NATIONALRAT

82.746 Einfache Anfrage Oehen vom 6. Dezember 1982Sowjetische Internierte in der Schweiz

Die schweizerische Oeffentlichkeit wartet seit Wochen auf eine plausible Erklärung des Bundeshauses für die Internierung russischer Soldaten, die in Afghanistan im Einsatz waren, in der Schweiz. Mit Befremden stellen wir fest, dass diese Soldaten von der schweizerischen Oeffentlichkeit bis heute völlig isoliert werden, so als ob es Kriminelle in Untersuchungshaft wären. Dem Vernehmen nach können die Internierten lediglich durch Angehörige der russischen Botschaft besucht werden.

Ich ersuche den Bundesrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welches sind die Gründe für die Internierung der russischen Soldaten in der Schweiz?
2. Gelten diese Soldaten als Kriegsgefangene?
3. Wieso sind die Internierten von der schweizerischen Oeffentlichkeit isoliert?
4. Droht die Heimschaffung dieser Soldaten gegen deren freien Willen?
5. Ist das Leben dieser Internierten bei Rückkehr nach Russland gefährdet?

Antwort des Bundesrates

Auf eine entsprechende Anfrage des IKRK erklärte sich der Bundesrat grundsätzlich bereit, sowjetische Soldaten, die in Afghanistan in Gefangenschaft gerieten, in der Schweiz zur Internierung aufzunehmen. Er liess sich dabei von der Ueberlegung leiten, dass es sich um einen typischen Fall handelt, in dem die Schweiz ihre Tradition der Guten Dienste in einer humanitären Frage unter Beweis stellen kann. Er tat dies mit Zustimmung aller am Konflikt beteiligten Parteien. Durch die Internierung können solche Gefangenen vor einem ungewissen Schicksal, oft vor dem Tod, bewahrt werden. Die Internierung sollte es ferner dem IKRK erleichtern, seine Tätigkeit in Afghanistan wieder aufzunehmen, was dazu beitragen würde, das Los zahlreicher Opfer dieses Konflikts zu verbessern.

16.2.1983

Die Schweiz wendet das III. Genfer-Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen vom 12. August 1949 an. Sie macht dies ungeachtet der unterschiedlichen Auffassung der betroffenen Parteien über die Geltung dieses Abkommens im Afghanistan-Konflikt.

Art. 13 des III. Genfer Abkommens schreibt vor, dass die Kriegsgefangenen jederzeit geschützt werden sollen, "insbesondere auch vor Gewalttätigkeit oder Einschüchterung, Beleidigung und öffentlicher Neugier". Es soll verhindert werden, dass politische oder andere Gruppierungen - welcher Richtung auch immer - oder gar ausländische Geheimdienste diese Gefangenen für ihre Zwecke auszunützen versuchen.

Die sowjetischen Internierten sind mit Vertretern der schweizerischen Behörden und mit von diesen ausgewählten Uebersetzern in Kontakt. Ferner findet mindestens einmal alle zwei Monate eine Unterredung unter vier Augen mit einem Vertreter des IKRK statt. Der Vertreter des IKRK wacht darüber, dass die Schweiz ihren Pflichten als Internierungsstaat gemäss der Genfer Konvention nachkommt. Die Internierten können ihm gegenüber allfällige Klagen geltend machen und Wünsche zum Ausdruck bringen. Mit gleicher Häufigkeit wie die IKRK-Besucher haben auch Vertreter der sowjetischen Botschaft im Rahmen ihrer konsularischen Zuständigkeit Gelegenheit, die sowjetischen Gefangenen zu besuchen.

Die sowjetischen Soldaten konnten selbst entscheiden, ob sie in der Schweiz interniert werden wollten. Die ganze Operation samt ihrem weiteren Verlauf beruht auf dem Prinzip der Freiwilligkeit.

CONSEIL NATIONAL

82.746 Question ordinaire Oehen du 6 décembre 1982Internés soviétiques en Suisse

Voilà des semaines que la population suisse attend de la part du Palais fédéral une explication plausible des motifs de l'internement en Suisse de soldats russes appartenant aux troupes soviétiques en Afghanistan. C'est avec surprise que nous constatons que, jusqu'à présent, le public suisse n'a reçu aucune information au sujet de ces soldats, comme si ces derniers étaient des criminels en détention préventive. A ce que l'on dit, les internés ne peuvent recevoir que les visites de personnes faisant partie de l'Ambassade d'URSS.

Je prie le Conseil fédéral de répondre aux questions suivantes :

1. Quels sont les motifs de l'internement en Suisse de ces soldats russes ?
2. Ces soldats ont-ils le statut de prisonnier de guerre ?
3. Pourquoi n'informe-t-on pas le public suisse du sort de ces internés ?
4. Le rapatriement de ces soldats constitue-t-il une menace pour leur libre arbitre ?
5. Le retour de ces détenus en Union Soviétique mettra-t-il leur vie en danger ?

Réponse du Conseil fédéral

A la demande du CICR, le Conseil fédéral s'est déclaré disposé à assurer en Suisse l'internement de soldats soviétiques faits prisonniers en Afghanistan. En se déterminant ainsi, il a considéré que cette action était un exemple type de celles qui sont propres à attester la tradition de bons offices de la Suisse dans le domaine humanitaire. Cette décision correspondait d'ailleurs au vœu de toutes les parties au conflit. L'internement permet de soustraire ces prisonniers à un destin incertain, souvent même à la mort. Cette mesure devrait en outre faciliter au CICR la reprise de son activité en Afghanistan, ce qui contribuerait à l'amélioration du sort d'un grand nombre de victimes de ce conflit.

16.2.1983

- 2 -

La Suisse applique à ces internés la IIIe Convention de Genève relative au traitement des prisonniers de guerre, du 12 août 1949. Elle le fait en dépit des opinions divergentes des parties concernées au sujet de l'applicabilité de cette Convention dans le conflit afghan.

L'article 13 de la IIIe Convention de Genève prévoit que les prisonniers de guerre doivent être protégés en tout temps, "notamment contre tout acte de violence ou d'intimidation, contre les insultes et la curiosité publique". Il s'agit d'empêcher que des groupements de caractère politique ou d'autre nature - quelle que soit leur orientation - voire des services secrets étrangers, ne tentent d'utiliser les prisonniers pour leurs propres objectifs.

Les internés soviétiques sont en contact avec des représentants des autorités suisses et des interprètes choisis par elle. De plus, ils ont, au moins tous les deux mois, un entretien sans témoin avec un délégué du CICR. Celui-ci veille à ce que la Suisse se conforme aux obligations qui sont les siennes, en tant qu'Etat d'internement, selon la Convention de Genève. Les internés peuvent lui faire part de leurs désirs et de leurs doléances éventuelles. Des représentants de l'ambassade de l'Union Soviétique, agissant dans le cadre de leurs compétences consulaires, ont aussi la faculté de visiter les internés selon la même fréquence que les délégués du CICR.

Les soldats soviétiques ont pu choisir eux-mêmes de venir en Suisse. L'ensemble de l'opération, y compris ses étapes ultérieures, repose sur le principe du libre consentement.

NATIONALRAT

Geschäftsprüfungskommission

Fragen zur Geschäftsführung 1982Departement für auswärtige Angelegenheiten5. Bericht über die Tätigkeiten von Intercooperation im Jahre 19821. Einleitung

Im Dezember 1981 stimmte der Bundesrat nach eingehender Information der parlamentarischen Kommissionen für auswärtige Angelegenheiten beider Kammern der Zusammenarbeit zwischen Bund und Hilfswerken im geplanten neuen Verein für Entwicklungszusammenarbeit zu. Am 16. Februar 1982 gründeten die sieben Hilfswerke Caritas, Heks, Helvetas, SAH, SRK, Swissaid und Swisscontact Intercooperation. Am 22. Februar 1982 wurde zwischen Bund und Intercooperation ein Vertrag abgeschlossen, der die gegenseitige Zusammenarbeit regelt.

Für die Tätigkeit von Intercooperation im Jahre 1982 ergaben sich zwei voneinander verschiedene Phasen:

- einerseits die Vorbereitungszeit vom Januar - Juni 1982
- andererseits die Aufnahme der operationellen Tätigkeit ab Juli 1982.

2. Die Vorbereitungsphase, Januar - Juni 1982

Der Auftrag war vorgegeben: im Juli 1982 sollte Intercooperation ihre Tätigkeit aufnehmen. Es ging deshalb vom Januar - Juni 1982 darum, die entsprechenden administrativen und organisatorischen Massnahmen zu treffen. Dazu gehörten u.a. die Suche von geeigneten Büros, die Anschaffung von Büromaschinen, -mobiliar und -material, die Suche und Rekrutierung von Personal, die Ausarbeitung eines Personalreglementes für das Feldpersonal. Ebenso wurde ein Organisationshandbuch für die interne Organisation und die Projektleitung im Felde geschaffen. Im weiteren gehörten dazu die Verhandlungen zwischen Intercooperation und DEH über

die Uebernahme von Projekten und der Abschluss der entsprechenden Regie-Verträge. Schliesslich wurde auch eine Broschüre über Intercooperation geschaffen, die in 5 Sprachen vorliegt (Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch und Spanisch).

3. Die Aufnahme der Projektarbeit

Im Juli 1982 konnte Intercooperation ihre operationelle Tätigkeit aufnehmen. Bis Ende 1982 wurden von der DEH 20 Projekte in 10 Ländern übernommen (siehe dazu die Projektliste in der Beilage). Das Ausgabevolumen dieser Projekte beträgt 1983 rund 17 - 18 Mio Fr. Sektorielle Schwergewichte bilden Forstwirtschaft, Vieh- und Milchwirtschaft, Genossenschaftswesen und ländliche Kleinprojekte. In den genannten Projekten stehen heute rund 50 schweizerische Mitarbeiter im Einsatz.

4. Das Personal von Intercooperation

Der Personalbestand (ohne Feldmitarbeiter) von Intercooperation beträgt gegenwärtig 12 Personen und ist wie folgt aufgeteilt:

Direktion und Verarbeitung	5
Administration, Sekretariat	5
Buchhaltung	2

Die für die Projektbearbeitung zuständigen Mitarbeiter (2 Forstingenieure, 1 Ing. Agronom, 1 Oekonom) verfügen über langjährige Felderfahrung sowie über Berufserfahrung in der Schweiz.

5. Finanzielle Situation

Die Jahresrechnung 1982 mit Bilanz per 31.12.1982 und die Betriebsrechnung vom 1.7.-31.12.82 liegen vor und sind von der FIDES Treuhand Bern im Februar 1983 überprüft worden (Revisorenbericht vom 15. Februar 1983). Die Betriebsrechnung schliesst mit einem Betriebsüberschuss von rund Fr. 73'000.-.

6. Allgemeine Beurteilung

1982 war für Intercooperation ein Jahr der Vorbereitung und des Aufbaus. Zielsetzung war, bis Ende 1982 eine funktionierende Organisation aufzubauen, was ohne nennenswerte Schwierigkeiten gelungen ist. Der Rat, in dem die sieben Hilfswerke als Gründungsmitglieder zusammengefasst sind, ist 1982 sieben mal zusammengetreten. Die Beziehungen von Intercooperation zum Rat sind gut. Wie in den Statuten vorgesehen, ist die DEH im Rat mit Konsultativstimme vertreten; sie nahm aktiv teil an den Diskussionen um die Organisation und das Funktionieren von Intercooperation.

CONSEIL NATIONAL

Commission de gestion

Questions sur la gestion 1982Département des affaires étrangères5. Rapport sur les activités d'Intercoopération en 19821. Introduction

En décembre 1981, après qu'une information détaillée ait été fournie aux Commissions des affaires étrangères des deux Chambres, le Conseil fédéral approuvait le principe d'une collaboration entre la Confédération et les oeuvres d'entraide privées dans le cadre d'une nouvelle association pour la coopération au développement. Le 16 février 1982, 7 oeuvres d'entraide - Caritas, EPER, Helvetas, OSEO, CRS, Swissaid et Swisscontact - fondaient Intercoopération. L'accord fixant les modalités de collaboration entre la Confédération et Intercoopération a été signé le 22 février 1982.

Deux phases distinctes caractérisent l'activité d'Intercoopération en 1982 :

- une période de préparation, de janvier à juin 1982
- le début des activités proprement dites, dès juillet 1982.

2. La phase préparatoire, de janvier à juin 1982

L'objectif était clairement défini: Intercoopération devait être opérationnelle en juillet 1982. De janvier à juin il s'est agi donc de prendre toutes les mesures administratives et d'organisation en ce sens. Il a fallu entre autres trouver des locaux adéquats, acheter les machines, le mobilier et le matériel nécessaire, recruter du personnel et établir un règlement du personnel pour les collaborateurs de terrain. A également été élaboré un manuel d'organisation interne et de gestion des projets sur le terrain. C'est également pendant cette période qu'ont été arrêtées entre la DDA et Intercoopération les modalités de remise des projets et qu'ont été

rédigés les divers accords de régie correspondant. Enfin, une brochure d'information sur Intercoopération a été éditée en 5 langues (allemand, français, italien, anglais, espagnol).

3. Le début des activités avec les projets

Le travail opérationnel d'Intercoopération a débuté en juillet 1982. Dans le courant de l'année, 20 projets, répartis dans 10 pays ont été remis par la DDA (cf. liste des projets annexée). Le volume de dépenses de ces projets s'élèvera, pour l'année 1983, à environ 18 millions de francs. Les activités sont concentrées principalement dans le secteur forestier, l'élevage, l'économie laitière, les coopératives et les petits projets en milieu rural. 50 collaborateurs suisses sont actuellement affectés dans les projets mentionnés.

4. Le personnel d'Intercoopération

Le personnel d'Intercoopération (non compris les experts sur le terrain) est actuellement composé de 12 personnes qui se répartissent comme suit :

Direction et responsables des projets	5
Administration, Secrétariat	5
Comptabilité	2

Les responsables des projets (deux ingénieurs forestiers, un ingénieur agronome, un économiste) disposent tous de nombreuses années d'expériences dans les pays en développement, ainsi que d'une expérience professionnelle en Suisse.

5. Situation financière

Les comptes de l'exercice 1982 avec bilan au 31.12.1982, ainsi que les comptes d'exploitation du 1.7. au 31.12.1982, ont été établis et contrôlés par FIDES, société fiduciaire à Berne, en février 1983 (rapport de révision du 15 février 1983). Les comptes de l'exercice 1982 se sont soldés par un excédent du compte d'exploitation d'environ 73'000.-- francs.

6. Appréciation générale

Au cours de 1982, Intercoopération a atteint l'objectif qui lui était assigné -se doter d'une organisation à même de fonctionner efficacement- sans rencontrer de difficultés particulières. Ses relations avec le Conseil, où sont représentées les oeuvres d'entraide fondatrices, sont bonnes. Celui-ci s'est réuni à 7 reprises en 1982. Comme stipulé dans les statuts d'Intercoopération, la DDA y a participé avec voix consultative; elle a pris une part active aux discussions sur l'organisation et le fonctionnement d'Intercoopération.

NATIONALRATGeschäftsprüfungskommissionFragen zur Geschäftsführung 1982Departement für auswärtige Angelegenheiten6. Entlastung der DEH durch die Intercooperation im Jahre 1982

1. Für das Jahr 1982 ergab sich, durchaus wie vorgesehen, für die DEH noch keine Entlastung durch die Intercooperation. Im Gegenteil, durch die Uebergabe der 20 vorgesehenen Projekte, war für die operationellen Sektionen eine erhebliche Mehrarbeit verbunden, indem die Projekte zur Uebergabe vorbereitet und die Regieverträge ausgearbeitet werden mussten. Die Personalsektion wurde durch den Transfer der 50 Experten von der DEH zur Intercooperation zusätzlich belastet.
2. Eine Entlastung der DEH wird sich aber vom laufenden Jahr 1983 an ergeben. Die Intercooperation bearbeitet Projekte der technischen Zusammenarbeit, die bisher direkt von der DEH durchgeführt wurden. Sie entlastet damit verschiedene Sektionen für den ganzen operationellen Bereich, aber auch die Personalsektion, das Rechnungswesen und den Einkaufsdienst.

2.1 Operationelle Sektionen

Die Intercooperation hat für dieses Jahr 24 Projekte der DEH in Bearbeitung, die voraussichtlich zu 18 Mio Fr. Auszahlungen führen werden. Dies entspricht rund 12 % des bilateralen Projektvolumens der technischen Zusammenarbeit (147 Mio Fr.). Die effektive Entlastung ist jedoch geringer, da die DEH für die Projekte weiterhin verantwortlich bleibt und sich mit der Planung, Ueberwachung und laufenden Kontrolle der Regieprojekte sowie den Verhandlungen mit den Partnerländern zu befassen hat. Auch sei daran erinnert, dass die geographischen Sektionen neben der technischen Zusammenarbeit auch für die Finanzhilfe und für die Zusammenarbeit mit den Hilfswerken verantwortlich sind. Zusammenfassend kann die Entlastung der geographischen Sektionen für das laufende Jahr 1983 gegen 10 % geschätzt werden.

- 2 -

Diese Entlastung sollte folgende Auswirkungen haben können:

- gewisser Ausgleich des ansteigenden Projektvolumens
- qualitative Verbesserung der Arbeit des Projektbearbeiters
- Vertiefung der fachtechnischen Betreuung der Sektionen und der Projekte durch teilzeitliche Freistellung von DEH-Mitarbeitern zur Fachberatung in ihren Spezialbereichen und den Ausbau von Kontaktnetzen zu wissenschaftlichen und technischen Fachstellen ausserhalb der Verwaltung
- bessere Auswertung der im ganzen Bereich der DEH gemachten Erfahrungen für künftige Programme.

2.2 Personalsektion

Wegen des immer noch nicht völlig abgeschlossenen Transfers von 50 Experten (von insgesamt 300) der DEH an Intercooperation, wird sich die zu erwartende Arbeitsentlastung erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1983 einstellen können. Eine halbe Einheit der Sektion wird dann im Rekrutierungs- und Personalverwaltungsdienst freigestellt werden können. Sie soll für die bessere Ausbildung und Vorbereitung von Feldmitarbeitern eingesetzt werden.

2.3 Rechnungswesen und Revision

In den Bereichen des Rechnungswesens und der Buchführung wird Intercooperation die DEH vor allem bezüglich der Revision entlasten: Die von Intercooperation durch einen ehemaligen Revisor der DEH erstellten Abrechnungen, die von der FIDES überprüft werden, müssen durch die DEH nicht mehr detailliert, sondern nur noch stichprobeweise kontrolliert werden. Es ist deshalb zu erwarten, dass diese Arbeitsentlastung durch Intercooperation den Revisionsdienst der DEH in die Lage setzen sollte, einige bisher ins Hintertreffen gelangte Arbeiten voranzutreiben.

- wie viele Überhänge von DEH zu Interco.?
- Stellen neu besetzt?

CONSEIL NATIONAL

Commission de gestion

Questions sur la gestion 1982Département des affaires étrangères6. Allégement apporté à la DDA par Intercoopération en 1982

1. Au cours de l'année 1982, Intercoopération n'a apporté, comme prévu, aucun allégement à la DDA. Au contraire, la remise des 20 projets pris en charge par Intercoopération au cours de l'année a impliqué un surcroît de travail pour les sections opérationnelles, qui ont dû préparer et discuter les accords de régie, et pour la section du personnel, qui a dû organiser le transfert de contrats de 50 experts de la DDA à Intercoopération.
2. L'allégement de la tâche de la DDA du fait de l'entrée en fonction d'Intercoopération sera perceptible dès 1983. Intercoopération a repris des projets qui étaient jusqu' alors directement gérés par la DDA; elle décharge ainsi les sections opérationnelles, mais également celles du personnel, de la comptabilité et des achats.

2.1 Sections opérationnelles

Les 24 projets gérés par Intercoopération en 1983 impliqueront des versements de l'ordre de 18 millions de francs suisses. Ce montant correspond approximativement à 12% du volume des dépenses pour la coopération technique bilatérale qui est gérée par les sections géographiques (147 millions de francs). Toutefois, l'allégement dont bénéficient ces dernières est moindre, car elles continuent d'être associées à la planification et à la supervision des projets confiés à Intercoopération, ainsi qu'à la négociation avec le pays partenaire. La DDA demeure en effet responsable des projets donnés en régie. Par ailleurs, il convient de rappeler que les sections géographiques ne s'occupent pas seulement du programme de coopération technique, mais également de l'aide financière, de la collaboration avec les oeuvres d'entraide privées. Tout compte fait, on peut estimer que la décharge de travail qu'enregistrent les sections géographiques en 1983 du fait de la création d'Intercoopération est de l'ordre de 10%.

Cet allégement devrait avoir pour effet:

- une certaine compensation du volume croissant d'actions à gérer;
- une amélioration qualitative de la gestion des projets;
- un meilleur appui technique aux sections et aux projets grâce au fait que certains collaborateurs de la DDA disposeront d'une part de leur temps pour conseiller les projets dans leur domaine de spécialisation technique et pour construire le réseau de contacts scientifiques et techniques hors de l'administration;
- une plus grande mise à profit des expériences accumulées par la DDA pour l'élaboration des programmes futures.

2.2 Section du personnel

Compte tenu des travaux qu'implique le transfert de 50 experts (sur 300 environ) de la DDA à Intercoopération, un certain allégement ne sera perceptible qu'à partir de la deuxième moitié de 1983. Une demi-unité de personnel pourra être libérée dans les services de recrutement et d'administration du personnel. Cette demi-unité sera mise à profit pour renforcer la formation des coopérants et leur préparation aux tâches qui les attendent.

2.3 Comptabilité et révision

En ce qui concerne la gestion et le contrôle comptables, Intercoopération sera à même de décharger la DDA au niveau de la révision: les comptes établis à Intercoopération par un ancien membre du service de révision de la DDA et contrôlés par FIDES ne feront plus l'objet d'un contrôle détaillé par la DDA, mais d'un contrôle général par sondage. On s'attend en conséquence à ce que le service de révision soit à même, à la suite de la création d'Intercoopération, de rattraper certains retards enregistrés jusqu'alors.

LISTE DER LAENDER UND PROJEKTELISTE DES PAYS ET DES PROJETS

(Regieprojekte DEH)
(Projets en régie DDA)

AFRIKA

Mali Sikasso, projet forestier

AFRIQUE

Haute-Volta Création de bois de villages

Rwanda Kibuye, projet pilote forestier
Appui à la Direction des Eaux et Forêts
Appui à la recherche forestière appliquée
Appui au réseau des Banques Populaires
Contribution au Fonds de Développement Communal

Madagascar Morondava, Centre de formation forestière
Tananarive, appui au Département Forêt de
l'Université

Tansania Mbeya-Iringa, Small Scale Cattle Development Project

ASIEN

Pakistan Kalam Utror Integrated Forestry Project
Potato Development Program

ASIE

Indien Kerala Dairy Livestock Development
Rajasthan Goat Development Programme

Sri Lanka Polonnaruwa Dairy/Livestock Development

Indonesien Lombok Cooperative Project

LATEINAMERIKA

Peru Pucallpa, formation de gardes forestiers
Pichis-Palcazu, programme de recherche pour
le développement forestier
Puno, programme de développement pour
l'élevage d'alpagas

AMERIQUE LATINE

Ecuador Sierra, zones marginales, programme de
reboisement



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT FÜR
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

*Direktion für Entwicklungszusammenarbeit
und humanitäre Hilfe*

Bern, den 3. Mai 1983

t.751.416 - HL/ju

An das
Sekretariat der
Geschäftsprüfungskommission
Bundeshaus West

3003 B e r n

Personalfragen von INTERCOOPERATION

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf die Sitzung der Geschäftsprüfungskommission, Sektion EDA, vom 12. April 1983 und antworten im folgenden auf die damals formulierten Fragen betreffend das Personal von INTERCOOPERATION:

1. Welches ehemalige DEH-Personal ist von INTERCOOPERATION angestellt worden?

- Rudolf Dannecker, Dr.phil., Jhg.1937, Geschäftsleiter von IC
- Martin Wieser, Dr.sc.techn., Jhg.1936, Leiter Landwirtschaft
- Jean Laurent, Forstingenieur, Jhg.1937, Leiter Forstwirtschaft
- Hans Menzi, Buchhalter, Jhg.1924, Leiter Rechnungswesen

Neben diesen IC-Mitarbeitern wurde das folgende Personal auf dem freien Stellenmarkt rekrutiert:

- 1 Oekonomin (70%)
- 1 Leiter Administration
- 1 Forstingenieur (60%)
- 4 Sekretärinnen/Sachbearbeiterinnen (inkl.Empfang, Telefon)
- 1 Mitarbeiterin (50%) Buchhaltung

./.

Von gegenwärtig 12 Mitarbeitern stammen dementsprechend 4 aus der DEH. Zwei weitere vorgesehene Projektbearbeiter (einer per 1. Juli 1983 und einer per 1. Januar 1984) werden ebenfalls von aussen rekrutiert; d.h. nicht von der DEH.

2. Die Anstellungsbedingungen von INTERCOOPERATION sind mit denjenigen des Bundes vergleichbar. Unter Berücksichtigung von Pflichtenhaft, Verantwortung, Erfahrung, etc. liegen die Saläre jedoch im Durchschnitt knapp unter den entsprechenden Ansätzen des Bundes.
3. INTERCOOPERATION ist als Organisation der Eidgenössischen Versicherungskasse angeschlossen. Die Pensionskassenbeiträge werden von INTERCOOPERATION bezahlt (6% INTERCOOPERATION/6% Mitarbeiter).

Wir hoffen, Ihnen mit diesen Angaben gedient zu haben, und versichern Sie, sehr geehrte Damen und Herren, unserer vorzüglichen Hochachtung.

ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT
UND HUMANITÄRE HILFE

Der Direktor:



F.R. Staehelin



GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION DES NATIONALRATES
COMMISSION DE GESTION DU CONSEIL NATIONAL
COMMISSIONE DELLA GESTIONE DEL CONSIGLIO NAZIONALE

~~☎ (031) 61 62 12~~

Neue Tel. Nr. (031) 61 97 12

3003 Bern, 27. Mai 1983

An den
Schweizerischen Bundesrat

Vertretung der Schweiz an
internationalen Konferenzen

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
sehr geehrte Herren Bundesräte

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates hat bereits im vergangenen Jahr sowohl gegenüber den Vertretern des Departementes für Auswärtige Angelegenheiten als auch im Ratsplenum die Forderung aufgestellt, dass die Vertretung der Schweiz in internationalen Organisationen in allen Fällen durch das Departement für Auswärtige Angelegenheiten zu koordinieren sei. Die Kommission hat Kenntnis davon, dass die Koordination in vielen Fällen sorgfältig gepflegt wird und zahlreiche Delegationen vom Bundesrat selber festgelegt werden. Die Kommission hat aber dennoch den Eindruck, dass in der Aufsicht über die Bestellung der Delegationen noch gewisse Lücken bestehen.

Bevor sie sich auf konkrete Schlussfolgerungen festlegt, wünscht die Kommission noch eine zusätzliche Auskunft: Für die erste Jahreshälfte 1983 ist ein Vergleich der Stärke sämtlicher schweizerischer Delegationen an internationalen Konferenzen und Tagungen von internationalen Organisationen mit der entsprechenden Delegationsstärke vergleichbarer anderer Teilnehmerstaaten herzustellen.

Wir sind Ihnen dankbar, wenn wir die gewünschte Auskunft bis zu Beginn der Herbstsession erhalten können.

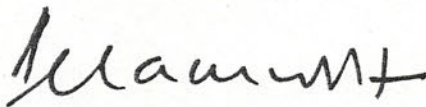
- 2 -

Wir versichern Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, sehr geehrte Herren Bundesräte, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Namens der Geschäftsprüfungskommission

Der Präsident:

Der Sekretär:



J.-P. Delamuraz



Ph. Mastronardi

NATIONALRAT

14.3.1983

Geschäftsprüfungskommission
Sektion EDAAktennotiz für die Sitzung vom 12. April 1983Vertretung der Schweiz in internationalen Organisationen

Letztes Jahr hat die Sektion die Koordination unter den verschiedenen Bundesämtern, welche die Schweiz an internationalen Konferenzen und Tagungen von internationalen Organisationen vertreten, erörtert. Im Ratsplenum haben der Präsident und der Sektionspräsident die Forderung nach einer verbesserten Koordination einerseits und nach einer Straffung des "Internationalen Tourismus" erhoben: Der Kommissionspräsident führte aus

"plusieurs organes de la Confédération sont liés de près ou de loin à l'accomplissement de cette tâche. L'efficacité commande que toute participation helvétique à une conférence internationale fasse l'objet d'une coordination minutieusement préparée par les organes intéressés, sous l'impulsion de la Direction des organisations internationales du Département des affaires étrangères.

La Commission de gestion n'a pas à proposer des procédures toutes prêtes ni des organigrammes tendant à assurer partout une coordination efficace, mais il est dans son rôle de signaler l'importance de la question car il en va d'un bon rendement des services publics et d'une utilisation rationnelle des moyens, il en va donc d'économies au marché de l'Etat; il est également dans le rôle de la Commission de gestion de constater que cette question n'est pas encore réglée de façon définitive, tant s'en faut, dans tous les compartiments d'activité de la Confédération".

Der Sektionspräsident sagte:

" In erster Linie geht es um die Frage der Vertretung der Schweiz an ausländischen Konferenzen und bei ausländischen Institutionen. Die Geschäftsprüfungskommission hat abzuklären versucht, ob eine entsprechende Koordination besteht. Man hat uns vom Departement aus erklärt, dass die Koordination innerhalb des Departementes funktioniere, d.h. dass nicht nebeneinander "vorbeigeführt" werde. Wir haben davon Kenntnis genommen. Es ist uns aber nicht möglich gewesen abzuklären, ob das in jedem Einzelfall stimmt. Auf jeden Fall haben wir gegenüber dem Departement zum Ausdruck gebracht, dass eine straffe Kontrolle zumindest innerhalb des Departementes, notwendig sei.

Es geht aber nicht nur darum: Zahlreiche internationale Veranstaltungen werden auch von Fachinstanzen besucht; hier besteht offensichtlich keine eigentliche Koordination. Es kommt vor, dass das Politische Departement neben anderen Institutionen vertreten ist. Wir haben von der Geschäftsprüfungskommission aus dem Wunsch Ausdruck verliehen - und ich möchte ihn hier zuhänden von Herrn Bundesrat Aubert und dem Gesamtbundesrat wiederholen -, dass eine Straffung dieses "internationalen Tourismus" herbeigeführt wird, und zwar in dem Sinne, dass die Federführung beim Departement ist und die übrigen Aemter und Departemente angewiesen werden, sich bei der Beschickung von internationalen Veranstaltungen mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten in Verbindung zu setzen. Es soll also eine Koordination unter der Leitung des Departementes durchgeführt werden."

Die Sektion sollte abklären, was in dieser Hinsicht seither geschehen ist. Wie dem Kommissionssekretär von seiten des BFO zugetragen wird, fehlt heute eine klare Regelung, welche dafür sorgt, dass die schweizerischen Delegationen so klein sind wie irgend möglich. Beispiel: an der Sitzung vom 9. und 10. Dezember 1982, welche der ständige Ausschuss der internationalen Energieagentur für den Oelmarkt in Paris durchgeführt hat waren 5 Vertreter der Schweiz anwesend, während beispielsweise 1 Engländer, 1 Italiener, 2 Deutsche und 3 Amerikaner ihre jeweiligen Länder vertraten.

Das Bundesamt für Organisation könnte von der Geschäftsprüfungskommission beauftragt werden, eine Regelung auszuarbeiten, welche eine möglichst rationelle Bestellung der schweizerischen Delegationen gewährleistet.

Der Sekretär der
Geschäftsprüfungskommissionen

H. Machonard

Geht an die Mitglieder
der Sektion EDA

CONSEIL NATIONAL

23.3.1983

Commission de gestion
Section DFAENote pour la séance du 12 avril 1983Représentation de la Suisse dans les organisations internationales

L'année dernière, la section a discuté de la coordination entre les divers offices représentant la Suisse lors de conférences et de réunions d'organisations internationales. Devant le conseil, le président de la commission et le président de la section ont exigé une meilleure coordination et plus de rigueur dans le domaine du "tourisme international". Le président de la commission s'est exprimé de la manière suivante:

"plusieurs organes de la Confédération sont liés de près ou de loin à l'accomplissement de cette tâche. L'efficacité commande que toute participation helvétique à une conférence internationale fasse l'objet d'une coordination minutieusement préparée par les organes intéressés, sous l'impulsion de la Direction des organisations internationales du Département des affaires étrangères.

La Commission de gestion n'a pas à proposer des procédures toutes prêtes ni des organigrammes tendant à assurer partout une coordination efficace, mais il est dans son rôle de signaler l'importance de la question car il en va d'un bon rendement des services publics et d'une utilisation rationnelle des moyens, il en va donc d'économies au marché de l'Etat; il est également dans le rôle de la Commission de gestion de constater que cette question n'est pas encore réglée de façon définitive, tant s'en faut, dans tous les compartiments d'activité de la Confédération".

Le président de la section s'est exprimé de la manière suivante:

"In erster Linie geht es um die Frage der Vertretung der Schweiz an ausländischen Konferenzen und bei ausländischen Institutionen. Die Geschäftsprüfungskommission hat abzuklären versucht, ob eine entsprechende Koordination besteht. Man hat uns vom Departement aus erklärt, dass die Koordination innerhalb des Departementes funktioniere, d.h. dass nicht nebeneinander "vorbeigeführt" werde. Wir haben davon Kenntnis genommen. Es ist uns aber nicht möglich gewesen abzuklären, ob das in jedem Einzelfall stimmt. Auf jeden Fall haben wir gegenüber dem Departement zum Ausdruck gebracht, dass eine straffe Kontrolle zumindest innerhalb des Departementes, notwendig sei.

Es geht aber nicht nur darum: Zahlreiche internationale Veranstaltungen werden auch von Fachinstanzen besucht; hier besteht offensichtlich keine eigentliche Koordination. Es kommt vor, dass das Politische Departement neben anderen Institutionen vertreten ist. Wir haben von der Geschäftsprüfungskommission aus dem Wunsch Ausdruck verliehen - und ich möchte ihn hier zuhanden von Herrn Bundesrat Aubert und dem Gesamtbundesrat wiederholen -, dass eine Straffung dieses "internationalen Tourismus" herbeigeführt wird, und zwar in dem Sinne, dass die Federführung beim Departement ist und die übrigen Aemter und Departemente angewiesen werden, sich bei der Beschickung von internationalen Veranstaltungen mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten in Verbindung zu setzen. Es soll also eine Koordination unter der Leitung des Departementes durchgeführt werden."

Il s'agit pour la section de savoir ce qui a dès lors été entrepris à ce sujet. Selon les renseignements donnés par l'OFO au secrétaire de la commission, il manque aujourd'hui une réglementation prévoyant que les délégations suisses doivent être aussi réduites que possible. Exemple: lors de la séance des 9 et 10 décembre 1982 organisée à Paris par le Comité permanent de l'Agence internationale de l'énergie pour le marché du pétrole, la Suisse déléguait 5 représentants alors que la Grande-Bretagne et l'Italie n'en avaient qu'un, l'Allemagne 2 et l'Amérique 3.

La Commission de gestion pourrait charger l'Office fédéral de l'organisation d'élaborer une réglementation garantissant la plus stricte réduction possible des délégations suisses.

Le secrétaire des
Commissions de gestion



Distribué aux membres
de la section DFAE

ORGANISATION FOR ECONOMIC
CO-OPERATION AND DEVELOPMENT

INTERNATIONAL ENERGY AGENCY

RESTRICTED

Paris, drafted : 5 January, 1983

dist : 7 Jan. 1983

IEA/SOM/M(82)3

STANDING GROUP ON THE OIL MARKET

Summary Record of the 42nd Session
held at the Chateau de la Muette, Paris
on 9 and 10 December, 1982

REF	
026.957.6	
1 JAN 1983	
Doc	II
Dist	CE
File	
Index	
Notes	
Other	
LA	
IA	
TA	

PRESENT

Mr. CAMPBELL (Chairman)	Canada
Mr. MCMAHON	Australia
Mr. POTOČNIK	Austria
Mr. BECU	Belgium
Mr. HONARVAR	Canada
Mr. OVERVAD	Denmark
Mr. RYBNER	"
Mr. ANDERSEN	"
Mr. HAFSTROM	"
Mr. KESSEL	Germany
Mr. BERNDT	"
Mr. MANIATOPOULOS	Greece
Mr. KONTOS	"
Mr. BYRNE	Ireland
Mr. VISCONTI	Italy
Mr. WATANABE	Japan
Mr. MURAYAMA	"
Mr. IDE	"
Mr. OKADA	"
Mr. YOKOTA	"

Mr. VAN EUPEN	Netherlands
Mr. BRAAKENBURG VAN BACKUM	"
Mr. MILKOP	New Zealand
Mr. GUINNESS	"
Mr. EIVIND	Norway
Mr. VOLD	"
Mr. DE SILVA	Portugal
Mr. VILLOTA	Spain
Mr. RUIZ	"
Mr. ANNENBURG	Sweden
Mr. HALLMAN	"
Mr. SCHYBERG	"
Mr. OBERSEN	Switzerland
Mr. EICHENBERGER	"
Mr. FIVAZ	"
Mr. LOEPFE	"
Mr. KNAPP	"
Mr. SEY	Turkey
Mr. ERGUVEN	"
Mr. WRIGHT	United Kingdom
Mr. BRODMAN	United States
Mr. KNICKMEYER	"
Mr. HUNDLEY	"
Mr. DE BAUW	EEC

} 3

3	1	1
---	---	---

} 5

4/1 equisite regionale
 tecun w'ost

incentive
 12/18 from less
 involuts

} 3

Auszug aus dem Protokoll
Sitzung EDA, GPK N, vom 6. 4. 82

2. Vertretung der Schweiz in internationalen Organisationen

M. Robbiani: Dans la réponse du Département quant à l'ampleur et au nombre des représentations suisses, la phrase suivante m'a frappé: "Nous tenons à signaler que nous n'avons pas le contrôle des déplacements effectués par des représentants d'autres services de la Confédération". Ma conclusion: Au DFAE, personne n'est vraiment au courant de toutes les délégations et de leur composition auprès des organisations internationales. Je vois là le risque pratique de deux politiques étrangères.

Comment et par qui est-il jugé de l'importance politique ou purement technique d'une conférence afin de décider ou de renoncer à une participation de votre Département ? Y a-t-il des cas où la représentation est dirigée par des représentants d'autres départements mais où le DFAE est représenté par un participant ou bien où le DFAE collabore par voie de consultation aux préparatifs, sans pourtant déléguer un représentant à une conférence internationale ?

M. Aubert, Conseiller fédéral: Partout où nous avons des représentants de notre département, nous avons le contrôle des déplacements des délégations. Nos représentants ne participent aux conférences que pour le temps employé aux points traités qui sont de leur compétence, ce qui explique des délégations de 10 ou 15 membres pour une conférence qui peut durer de 4 à 8 semaines. Nous n'avons donc jamais de grandes délégations qui siègent à l'étranger pour une longue durée. Nous n'avons pas le contrôle des déplacements effectués par les représentants d'autres services de la Confédération dans lesquels nous ne sommes pas impliqués.

Hr. Fischer: Wer hat den Gesamtüberblick ?

Die HH. Botschafter Glesti, Staatssekretär Probst und Frau Botschafterin Pometta beantworten diese Frage (zusammengefasst) wie folgt:

- Im Prinzip sind die Direktoren für die Konferenzen auf ihrem Sachgebiet zuständig. Das Generalsekretariat hat nur rückblickend eine Uebersicht über die administrative Seite.
- Eine zentrale Koordination fehlt. Sie wird ersetzt durch die Kontaktnahme unter den beteiligten Diensten zur Vorbereitung der Konferenzen.
- Pour les délégations permanentes, des propositions sont présentées au Conseil fédéral qui détermine la représentation du département (p.ex. le CERN): Il s'agit en général de travaux de routine. En revanche, lors de la Conférence générale de l'UNESCO qui a une grande importance politique, nous aurons une délégation ad hoc déterminée par le Conseil fédéral d'une part quant à la composition de la délégation, d'autre part quant aux problèmes de substance.
- Mitglieder von internationalen Kommissionen werden von der zuständigen Direktion an die Sitzungen delegiert. Es kann vorkommen, dass die Bewilligung verweigert oder die Vertretung reduziert wird.
Auf diese Weise wird die Reisetätigkeit auf das Notwendige beschränkt.
Als Beispiele werden Konferenzen der FAO, der OMS und der Internationalen Atomenergieagentur in Wien erläutert.
- In zahlreichen Fällen übernehmen die Missionen im Ausland die Vertretung allein.

- Pour la collaboration avec les autres départements, il y a lieu de préciser que dans beaucoup de cas, le DFAE est "federführend". Afin d'assurer l'unité politique de la Suisse, ces délégations souhaitent prendre un ou deux membres du DFAE, suivant l'importance de la conférence.
- Alle internationalen Organisationen, die Konferenzen durchführen, betreffen auch das EDA (Abteilung für Internationale Organisationen); daher ist das Departement stets beteiligt.
- Der Mechanismus der Koordination funktioniert, ist jedoch von der Mitwirkung der Aemter in den andern Departementen abhängig. Einzig über rein technische Konferenzen besteht keine Kontrolle (z.B. Fahrplan-Konferenz der SBB).

Es bestehen grundsätzlich keine Schwierigkeiten in der Zusammenarbeit mit den andern Departementen. Das EDA kann allerdings nicht wissen, ob ihm etwas entgeht. Es wäre zu begrüßen, wenn die Koordinationsaufgabe des EDA durch die GPK unterstrichen würde.
- Immer mehr Themen werden auch politisch bedeutsam. Das EDA muss überall dort mitwirken, wo politische, institutionelle, juristische (völkerrechtliche) oder budgetrechtliche Belange betroffen sind.
- Der gute Wille zur Zusammenarbeit in der Bundesverwaltung ist vorhanden; dies ist ausserordentlich wichtig, insbesondere auch im Hinblick auf den Budgetbereich.

sommes pas un gouvernement d'assemblée et semblable intention ne correspondrait pas à la définition de la haute surveillance qui est notre mission.

Au total, nous souhaitons une discussion complète de la gestion, l'accent étant mis toutefois sur les points forts. Un rapport gouvernemental de gestion, épuré d'un certain nombre de détails et exposant mieux les problèmes principaux en cours de solution, préparerait utilement la Commission de gestion et le Conseil national au débat.

Nous exposons maintenant cinq domaines qui ont retenu l'attention de la Commission de gestion.

La charge administrative consécutive aux interventions parlementaires, tout d'abord.

Quelques commentateurs n'ont pas manqué vouloir enfermer notre conseil dans le paradoxe que, d'une part, il exige une stricte limitation des effectifs du personnel fédéral et que, d'autre part, ses membres multiplient les interventions personnelles dont le traitement par le Conseil fédéral et l'administration requiert un personnel de plus en plus nombreux.

Nous avons voulu y voir clair.

Et nous constatons qu'en 1981 on a enregistré, pour les deux conseils, 79 motions, 108 postulats, 131 interpellations, 190 questions. Les départements les plus sollicités sont, dans l'ordre, Intérieur, puis Justice et police, Finances, Economie publique; le moins sollicité est Affaires étrangères. Le Conseil fédéral a proposé le rejet de 50 motions et postulats; 25 fois, les conseils ont suivi le gouvernement, 8 fois ils s'y sont opposés; 17 de ces motions et postulats promis à renvoi n'avaient pas été traités à fin 1981. Le Conseil fédéral estime à 100 heures le temps nécessaire, en moyenne, au traitement d'une intervention parlementaire. D'où le compte que quelque 20 fonctionnaires fédéraux sont occupés à plein temps à traiter ces interventions.

Nous sommes de l'avis que la moyenne de 100 heures de travail administratif pour préparer la réponse du Conseil fédéral à une intervention parlementaire est sans doute largement comptée. Mais cette appréciation étant admise, elle n'implique, au total, qu'une vingtaine de fonctionnaires consacrés aux relations avec le Parlement.

Sur 34 000 fonctionnaires – et encore ni CFF ni PTT n'y sont comptés – cet effectif de 20 fonctionnaires est, il faut le reconnaître, des plus modestes. Car enfin l'intervention parlementaire fait fondamentalement partie de ces moyens dont nous parlions au début de notre rapport, tout à l'heure, qui sont parmi les indispensables contrepois au pouvoir exécutif et administrant. Le jeu démocratique implique non seulement le contrôle de la gestion mais, entre autres, les interventions parlementaires personnelles. Leur alacrité, leur curiosité, leur vivacité critique à l'occasion, sont utiles au gouvernement et à son administration, l'un des pires dangers menaçant toute entreprise humaine étant de ne jamais se remettre en question.

En outre, les interventions parlementaires personnelles ont apporté de nombreuses idées neuves et incité le gouvernement à de nouvelles orientations qui se sont révélées profitables. Le prix de l'intervention parlementaire s'établit ainsi en Suisse à un niveau bas. Il pourra s'abaisser encore quelque peu si l'on abrège les réponses données aux interventions, notamment à celles qui reprennent des affaires traitées antérieurement. Il pourra s'abaisser aussi si le Conseil fédéral ne propose pas de retenir telle motion ou tel postulat quand il sait d'entrée de cause qu'il ne lui donnera pas une suite favorable.

Enfin, la Commission de gestion exprime à la conférence des présidents des groupes parlementaires le vœu que les interventions parlementaires soient traitées à bref délai, dès lors que le Conseil fédéral est prêt à y répondre. A cet égard, il serait bon de continuer à consacrer le deuxième lundi de la session, voire le troisième, au traitement de ces interventions parlementaires; le conseil et l'intervenant, le gouvernement et l'administration ont tout à gagner de cette célérité.

Deuxième point fort de notre administration, les tâches de coordination: l'inexorable spécialisation et la nécessité, pourtant, de dégager des tendances générales et de prendre des décisions globales posent à toute entreprise de solides problèmes de coordination des activités de ses différents organes. L'administration fédérale n'y échappe pas. Ainsi la Commission de gestion s'est-elle préoccupée de trois domaines où se posent des problèmes de coordination que l'autorité n'a pas encore résolus. Je vous en donne trois exemples.

Premier exemple, la statistique: on se consacre à la statistique dans plusieurs offices fédéraux. Cela est légitime à condition que l'on soit sûr d'éviter les doubles emplois. Depuis deux ans, on œuvre en vue d'une réelle coordination interservices, une petite centrale ayant même été constituée à cette fin. Mais on en est encore à la phase de la prise d'inventaire, non à celle de l'installation des structures qui éviteraient des éparpillements.

Deuxième exemple, la recherche: la Commission de gestion a examiné plus particulièrement le secteur de la recherche énergétique. Celle-ci implique nombre d'institutions hors la Confédération et, à l'intérieur de celle-ci, au moins deux offices fédéraux qui relèvent de départements différents. Une coordination plus profonde et plus systématique s'impose là, comme elle s'impose d'ailleurs dans le domaine de la recherche hydrologique ou encore dans le domaine du contrôle des denrées alimentaires, pour ne parler que de ces cas-là. Les solutions à plusieurs de ces problèmes devraient être définies dans la nouvelle loi sur la recherche. La Commission de gestion en signale l'importance et l'urgence.

Troisième exemple, l'exercice des relations officielles de la Suisse avec l'étranger: plusieurs organes de la Confédération sont liés de près ou de loin à l'accomplissement de cette tâche. L'efficacité commande que toute participation helvétique à une conférence internationale fasse l'objet d'une coordination minutieusement préparée par les organes intéressés, sous l'impulsion de la Direction des organisations internationales du Département des affaires étrangères.

La Commission de gestion n'a pas à proposer des procédures toutes prêtes ni des organigrammes tendant à assurer partout une coordination efficace, mais il est dans son rôle de signaler l'importance de la question car il en va d'un bon rendement des services publics et d'une utilisation rationnelle des moyens, il en va donc d'économies au marché de l'Etat; il est également dans le rôle de la Commission de gestion de constater que cette question n'est pas encore réglée de façon définitive, tant s'en faut, dans tous les compartiments d'activité de la Confédération.

Troisième question importante, le personnel: je crois que d'année en année, l'examen de la Commission de gestion comporte au moins l'examen de ce point. En ce qui nous concerne, cette année en particulier, nous avons mis en lumière trois aspects des problèmes de personnel: la représentation des minorités linguistiques dans le personnel, la planification des carrières et le plafonnement des effectifs. En faisant le point sur la question de la place des fonctionnaires de langue et de culture françaises ou italiennes dans l'administration, on rappellera que cette place est insuffisante dans un certain nombre d'offices fédéraux. On rappellera aussi que les difficultés de recrutement proviennent pour une part de l'inappétence de Romands ou de Tessinois à faire carrière administrative à Berne. Quoi qu'il en soit, la Commission de gestion constate que le Conseil fédéral a donné suite à diverses interventions visant à une meilleure intégration des courants culturels et linguistiques minoritaires dans l'administration. Mais, affaire à suivre, en particulier dans l'organisation des services de traduction où l'on peut, nous dit-on, espérer résoudre à satisfaction les problèmes encore posés, et cela dans l'année qui vient.

En ce qui concerne la planification des carrières, la Commission de gestion ne cède pas à un schématisme absolu selon lequel tout jeune fonctionnaire arrivant dans l'administration fédérale y recevrait un plan de carrière valant

Dritte Sitzung – Troisième séance**Mittwoch, 9. Juni 1982, Vormittag****Mercredi 9 juin 1982, matin**

8.00 h

Vorsitz – Présidence: Frau Lang

81.021

**Geschäftsbericht des Bundesrates,
des Bundesgerichts und des
Eidgenössischen Versicherungsgerichts 1981**
**Gestion du Conseil fédéral, du Tribunal fédéral
et du Tribunal fédéral des assurances 1981**

Bericht des Bundesrates vom 24. Februar 1982, des Bundesgerichtes vom 12. Februar 1982, des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes vom 31. Dezember 1981

Rapport du Conseil fédéral du 24 février 1982, du Tribunal fédéral du 12 février 1982, du Tribunal fédéral des assurances du 31 décembre 1981

Fortsetzung – Suite

Siehe Seite 616 hiervor – Voir page 616 ci-devant

**Departement für auswärtige Angelegenheiten
Département des affaires étrangères**

Fischer-Bern, Berichterstatter: Ich habe den Auftrag, Ihnen im Namen der Geschäftsprüfungskommission über zwei an sich nicht sehr grosse Geschäfte zu berichten.

In erster Linie geht es um die Frage der Vertretung der Schweiz an ausländischen Konferenzen und bei ausländischen Institutionen. Die Geschäftsprüfungskommission hat abzuklären versucht, ob eine entsprechende Koordination besteht. Man hat uns vom Departement aus erklärt, dass die Koordination innerhalb des Departementes funktioniere, d. h. dass nicht nebeneinander «vorbeigeführt» werde. Wir haben davon Kenntnis genommen. Es ist uns aber nicht möglich gewesen abzuklären, ob das in jedem Einzelfall stimmt. Auf jeden Fall haben wir gegenüber dem Departement zum Ausdruck gebracht, dass eine straffe Kontrolle, zumindest innerhalb des Departementes, notwendig sei.

Es geht aber nicht nur darum: Zahlreiche internationale Veranstaltungen werden auch von Fachinstanzen besucht; hier besteht offensichtlich keine eigentliche Koordination. Es kommt vor, dass das Politische Departement neben anderen Institutionen vertreten ist. Wir haben von der Geschäftsprüfungskommission aus dem Wunsch Ausdruck verliehen – und ich möchte ihn hier zuhänden von Herrn Bundesrat Aubert und dem Gesamtbundesrat wiederholen –, dass eine Straffung dieses «internationalen Tourismus» herbeigeführt wird, und zwar in dem Sinne, dass die Federführung beim Departement ist und die übrigen Ämter und Departemente angewiesen werden, sich bei der Beschickung von internationalen Veranstaltungen mit dem Departement für auswärtige Angelegenheiten in Verbindung zu setzen. Es soll also eine Koordination unter der Leitung des Departementes durchgeführt werden.

Der zweite Punkt betrifft das, was Sie schon in den Zeitungen gelesen haben, nämlich die bedauerliche Tatsache, dass die Frauen unserer Diplomaten, Konsuln usw. im Ausland durch die AHV und IV plötzlich nicht mehr geschützt werden, weil das Versicherungsgericht festgestellt hat –

und zwar eigenartigerweise auf Betreiben des Bundesamtes für Sozialversicherung –, dass der bisherige Schutz dieser Frauen mit den von der Schweiz mit dem Ausland abgeschlossenen Sozialversicherungsabkommen nicht mehr übereinstimmt! Das heisst: Die Frauen unserer Diplomaten sowie überhaupt von Schweizern, die im Ausland tätig sind, zum Beispiel im Auftrage von schweizerischen Unternehmungen, sind nicht mehr versichert. Es ist dies etwas eigenartig und lässt sich nur darauf zurückführen, dass eben von seiten des Bundes seinerzeit Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen worden sind, die der Tatsache, dass wir solche Schweizer Bürgerinnen im Ausland haben, nicht Rechnung tragen.

Die Geschäftsprüfungskommission erwartet, dass der Bundesrat hier sofort für Abhilfe sorgt, da es zweifellos unsere eigene Angelegenheit ist, wie wir unsere Staatsbürgerinnen versichern wollen. Mit internationalen Verträgen hat das nichts zu tun. Dagegen, dass sich das Sozialversicherungsamt auf diese eigenartige Weise in die Angelegenheit eingemischt hat, möchte ich in meinem persönlichen Namen einen Tadel aussprechen. Es geht nicht an, dass wir hier über eigenartig oder falsch konzipierte internationale Verträge unsere eigenen Leute nicht mehr versichern können. Ich möchte also Herrn Bundesrat Aubert bitten, sobald wie möglich dafür zu sorgen, dass die Sache in Ordnung kommt, und zwar nicht nur für die Frauen von Bundesbediensteten, sondern auch von Schweizer Firmenvertretern im Ausland.

M. Magnin: Je voudrais intervenir à propos de deux événements relatés au chapitre «Les principaux événements de l'année». A l'alinéa consacré à l'Europe, on lit: «En Turquie, les autorités militaires ont désigné une assemblée constituante.» Point final. Cela nous paraît plutôt bref pour désigner la situation dramatique qui existe en Turquie, où, de l'aveu même des autorités, 46 700 personnes sont actuellement jugées par les tribunaux militaires; où, selon la Ligue internationale des droits de l'homme, de septembre 1980 à février 1982, 171 000 personnes ont été arrêtées, 70 sont mortes sous la torture, 374 au cours de ratissages dans les provinces kurdes et 308 dans les centres de police. Actuellement, 3359 condamnations à mort ont été requises par les procureurs militaires et 139 ont déjà été prononcées.

Vous savez probablement, Monsieur le Conseiller fédéral, que, ces jours, des dizaines de citoyens kurdes et turcs font la grève de la faim, dans diverses villes de Suisse et d'Europe, pour attirer l'attention de l'opinion publique sur cette situation.

Je vous pose dès lors les questions suivantes êtes-vous prêt à sortir de votre réserve, êtes-vous prêt à condamner sévèrement ce régime sanguinaire, êtes-vous prêt à intervenir auprès du Conseil de l'Europe pour qu'il envoie des délégations visiter les prisons, enquêter sur les tortures, assister aux procès? Etes-vous prêt enfin, au cas où ces délégations essaieraient un refus, à demander l'exclusion de la Turquie du Conseil de l'Europe?

J'aborderai encore une autre question dont il est fait état dans le même chapitre du rapport, il s'agit d'Israël. Qu'attend le Conseil fédéral, aujourd'hui, pour condamner fermement l'invasion brutale du Liban mis à feu et à sang par l'armée israélienne? Qu'attend le Conseil fédéral pour exiger, comme vient de le faire le Conseil de sécurité des Nations Unies, l'arrêt de l'invasion et le retrait immédiat de toutes les troupes israéliennes du Liban?

Je pense qu'en matière de politique étrangère, on ne peut découper des tranches annuelles, il y a continuité. J'espère que vous répondrez de manière précise aux questions que je viens de vous poser.

Oester: Ich spreche zu den bilateralen Beziehungen mit osteuropäischen Staaten (Seite 16 unten im Geschäftsbericht).

Bei den Bemühungen um die Lösung hängiger humanitärer Fälle – Zusammenführungen von Familien usw. – begegnet der Bundesrat offenbar einer unerfreulichen Praxis gewis-



EIDGENÖSSISCHES DEPARTEMENT
FÜR AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN
DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES AFFAIRES ÉTRANGÈRES
DIPARTIMENTO FEDERALE DEGLI AFFARI ESTERI

3003 Berne, le 19 mai 1983

Bitte dieses Zeichen in der Antwort wiederholen
Prière de rappeler cette référence dans la réponse
Pregasi rammentare questo riferimento nella risposta

A la Commission de gestion
du Conseil national

3003 B e r n e

- Groupe permanent sur le marché pétrolier de l'Agence internationale de l'énergie/OCDE. Composition de la délégation suisse lors de la séance du 9 décembre 1982
 - Question plus générale de l'importance numérique des délégations suisses participant à des conférences à l'étranger
-

Monsieur le Président,

Dans sa séance du 12 avril 1983, la Commission de gestion du Conseil national que vous présidez a soulevé le problème du nombre de participants des délégations suisses aux conférences et réunions internationales. A titre d'exemple, elle a mentionné la séance du 9 décembre 1982 du Groupe permanent sur le marché pétrolier de l'Agence internationale de l'énergie. Avant d'en venir à ce cas particulier, je désire tout d'abord émettre quelques considérations d'ordre général.

L'OCDE, à laquelle se rattache l'Agence internationale de l'énergie, est l'un des rares forums où la Suisse peut, à part entière, traiter avec la totalité des pays

- 2 -

industrialisés à économie de marché des questions économiques et commerciales d'intérêt majeur. L'approche technique et objective qui caractérise généralement les travaux de l'Organisation en font un centre précieux de coordination et d'échange d'informations et de réflexions. N'étant membre ni des Communautés européennes, ni des Institutions de Bretton Woods, exclue des Sommets des grands pays industrialisés, la Suisse trouve donc à l'OCDE une tribune bienvenue pour défendre ses intérêts et exposer ses points de vue.

La présence à Paris d'experts de l'administration fédérale qui viennent épauler les membres de la délégation suisse à l'OCDE est souvent rendue nécessaire par le caractère généralement très technique des délibérations. Enfin, pour des raisons tenant à notre politique du personnel à long terme et compte tenu de la multilatéralisation croissante des relations internationales, il me paraît judicieux qu'un nombre suffisant de collaborateurs de la centrale puissent se familiariser avec le mode de négociation pratiqué dans des enceintes telles que l'OCDE.

Je suis conscient que le déplacement fréquent de délégations suisses à Paris occasionne des coûts non négligeables. Nous nous efforçons de maintenir ces coûts à un niveau raisonnable en évitant les voyages inutiles et en nous opposant à une extension inopportune des activités de l'OCDE. La Suisse s'est notamment prononcée fermement pour une stabilisation du budget et des effectifs de l'Organisation.

S'agissant plus précisément de la composition de la délégation à la séance du groupe précité de l'Agence internationale de l'énergie, je conviens que le nombre des délégués

suisses peut à première vue paraître exagéré. Je puis cependant vous assurer après vérification qu'il donne une image inexacte de la réalité. Ainsi, parmi les cinq membres indiqués se trouvait tout d'abord un représentant des milieux privés (M. Loepfe, Carbura), dont les frais de voyage n'étaient pas à la charge de la Confédération. En outre, M. Knapp ne figurait sur la liste qu'à titre essentiellement formel en tant que responsable du dossier AIE à la Délégation permanente de la Suisse auprès de l'OCDE. En fait, il suivait ces jours-là les travaux du Comité exécutif de l'OCDE consacrés à l'examen du budget 1983. Enfin, le représentant du DFAE (M. Fivat) est resté à Paris le 9 décembre 1982 seulement. Il y avait été envoyé par le Service économique et financier de mon Département pour assister - à titre exceptionnel, mon Département n'étant en principe pas associé aux travaux du groupe précité - à un hearing de compagnies privées japonaises sur la politique mal connue, mais très importante d'approvisionnement énergétique du Japon, de même qu'à un rapport sur la situation du marché pétrolier au moment où commençait à se dessiner le retournement de tendance intervenu depuis lors. Les deux autres délégués (M. Oberson, Office fédéral de la défense économique, chef de délégation, et M. Eichenberger, OFAEE) suivaient les travaux du groupe en qualité de représentants habituels de la Suisse.

Compte tenu de tous ces éléments, vous admettez avec moi que, contrairement aux apparences, le nombre de délégués suisses ne peut pas être considéré comme excessif. Il va néanmoins sans dire que je souscris sans réserve à l'objectif de maintenir les déplacements des experts de l'administration fédérale au niveau minimum acceptable. Soyez certain que je continuerai, en ce qui concerne mon Département, à exercer comme par le passé toute la vigilance requise.

- 4 -

Afin d'éviter des malentendus, je veillerai également dans la mesure du possible à ce que ne soient annoncées dans les délégations officielles que des personnes qui participent effectivement aux travaux.

* * *

0

Pour ce qui est du problème plus général de l'importance numérique des délégations suisses participant à des conférences internationales, le Département fédéral des affaires étrangères continuera à veiller à maintenir le nombre des personnes membres de ces délégations dans des limites raisonnables. Cela pour autant que ces délégations relèvent de sa compétence ou pour les délégations dont des membres du Département font partie. Je puis par ailleurs vous assurer que le Conseil fédéral ainsi que les autres Départements adoptent la même attitude pour les délégations dont ils ont la responsabilité.

Je vous prie d'agréer, Monsieur le Président, l'assurance de ma haute considération.

Keine Koordination für alle Delegationen



Pierre Aubert